

## Buchbesprechungen

*Kraus, Willy / Lütkenhorst, Wilfried: The Economic Development of the Pacific Basin. Growth Dynamics, Trade Relations and Emerging Cooperation. St. Martin's Press, New York und C. Horst & Co., London 1986. X, 180 S. £ 17,50.*

Die beeindruckenden Wachstumsraten der ost- und südostasiatischen Staaten werden in Europa zunehmend mit Besorgnis zur Kenntnis genommen und als wirtschaftliche Herausforderung empfunden. Es gibt Prognosen, die das wirtschaftliche Wachstumszentrum der Welt im nächsten Jahrhundert im pazifischen Raum ansiedeln, der weltweit – zu Lasten Europas – an Bedeutung gewinnt. Kraus und Lütkenhorst analysieren die Handelspolitik dieser Länder und untersuchen die Möglichkeiten einer stärkeren pazifischen wirtschaftlichen Kooperation. Sie vergleichen dabei die sich möglicherweise ergebende wirtschaftliche Entwicklung mit dem Aufstieg der Staaten des europäischen Kontinents in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Wie England ihnen gegenüber wirtschaftlich zurückfiel, so droht den Ländern Europas das gleiche Geschick, wenn sie nicht ihre Integrationsanstrengungen erhöhen und die ökonomische Dynamik zurückgewinnen.

Das erste Kapitel behandelt die gegenwärtige Krise der Welthandelsordnung. Diskutiert wird das Aufweichen der Meistbegünstigungsklausel, das neue Verständnis der Reziprozität, die Dominanz der nationalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die Reformbemühungen zur allgemeinen Notstandsklausel („safeguard-clause“) – Art. XIX GATT – neuere Vorschläge einer bedingten Meistbegünstigungsklausel sowie die Ursachen der in der Praxis zu beobachtenden abnehmenden Bedeutung der GATT-Regeln.

Die Verfasser sprechen sich für größere inter-regionale wirtschaftspolitische Kooperationen aus, weil eine allgemeine Handelsliberalisierung (wie es den Vorstellungen der Außenhandelstheorie entsprechen würde) nicht möglich erscheint. Stärkere regionale Kooperationen seien dem zu beobachtenden zunehmenden Trend zur Bilateralität vorzuziehen.

Breiten Raum findet die Behandlung von Art. XIX GATT. Maßnahmen nach diesem Artikel werden wegen befürchteter Retorsionsmaßnahmen wenig angewendet; stattdessen werden nichttarifäre Handelshemmnisse bevorzugt, weil sie politisch leichter durchsetzbar sind. Eine wirtschaftstheoretische Analyse von Freihandelszonen und Zollunionen und ihrer Bedeutung für die Welthandelsordnung des GATT oder eine Untersuchung der Ausnahmegenehmigung für die Entwicklungsländer nach Art. XXIV fehlt. Gerade im Zusammenhang mit der hohen Verschuldung vieler Entwicklungsländer wäre es interessant gewesen, bei aller skeptischen Einschätzung der Zukunft des GATT (wegen fehlender Sanktionen bei Nichteinhaltung der Regeln) darauf hinzuweisen, daß andere internationale Organisationen, wie bspw. der Internationale Währungsfonds, mit Sanktionsmechanismen dem freien Welthandel zu mehr Einfluß verhelfen und damit teilweise an die Stelle des GATT treten.

Kap. 2, das in zwei Unterkapitel untergliedert ist, beschäftigt sich mit der Handelspolitik der pazifischen Anrainer-Staaten. Das erste Unterkapitel stellt dabei die Maß-

nahmen der Importrestriktionen und Exportförderungen der südostasiatischen Entwicklungsländer dar. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Handelspolitik Japans und den Chancen europäischer Exporteure im pazifischen Raum. Die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder werden dabei kurz beschrieben, wobei ausreichend statistisches Material angeboten wird. Ausführlich wird auf Kompensationsgeschäfte (counter-trade) Bezug genommen. Die Verfasser führen aus, daß die Handelspolitik der südostasiatischen Entwicklungsländer (ASEAN und Hongkong, Taiwan und Korea) eher gegen Japan und nicht gegen die EG-Länder gerichtet ist. In ihrer Darstellung bringen die Verfasser der japanischen Handelspolitik gegenüber großes Verständnis auf. Europäische Firmen hätten verstärkt auf die Besonderheiten des japanischen Marktes einzugehen, wenn sie größere Absatzfolge anstreben.

Das Schwergewicht der Analyse liegt auf dem dritten Kapitel, wo die verschiedenen vorgeschlagenen Kooperationskonzepte für den pazifischen Raum diskutiert werden. Ziele, Realisierungsmöglichkeiten und -schwierigkeiten dieser Konzepte werden diskutiert. Dabei wird auch überprüft, ob eine solche angestrebte Kooperation als Vorbild für eine generelle Nord-Süd-Kooperation dienen kann. In diesem Zusammenhang findet zuerst eine intensive Beschäftigung mit den Vorschlägen einer neuen Weltwirtschaftsordnung statt, die eigentlich im ersten Kapitel schon hätte erfolgen sollen. Die Verfasser schlagen als Ausweg für das Scheitern des globalen Dialogs eine verstärkte Hinwendung zur regionalen Zusammenarbeit vor.

Ausführlich werden sodann zwei Konzepte diskutiert, das der PAFTA (Pacific Free Trade Area) und das der OPTAD (Organization for Pacific Trade and Development). In den 60er Jahren wurde zunehmend vom Referenzmodell der Europäischen Gemeinschaft (das in der PAFTA zum Ausdruck kommt) Abstand genommen und dafür die OECD als Vorbild für das institutionelle Modell der pazifischen Kooperation angesehen. Die Handelspolitik, Entwicklungsfinanzierung, ausländische Direktinvestitionen sowie rohstoff- und energiepolitische Maßnahmen werden im OPTAD-Zusammenhang untersucht. Verstärkte Aufmerksamkeit gewinnt dabei die Rolle Japans für diese Kooperationsbemühungen. Hingewiesen wird auch auf die Entwicklung in den USA, wo eine Neubestimmung der Wirtschaftspolitik weg von der atlantischen Kooperation zum pazifischen Raum zu beobachten ist.

Im Schlußteil des Kapitels werden die europäischen Staaten aufgefordert, nationale Prioritäten gegenüber den gesamteuropäischen Interessen zurückzustellen, von den japanischen Handelshäusern (Sogo Shosha) zu lernen und größere Integrationsanstrengungen zu unternehmen, um dieser pazifischen Herausforderung begegnen zu können. Die gegenwärtige elektronische Revolution ist die erste, die nicht von Europa, sondern vom Pazifik ausgeht. Wollen die Europäer in der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht zurückfallen, müssen sie verstärkt ihre Bemühungen auf den pazifischen Raum konzentrieren und von den dortigen Erfahrungen lernen. Im Anhang wird dann noch der Task Force Report der Bali-Konferenz zur pazifischen ökonomischen Kooperation aus dem Jahre 1983 wiedergegeben.

Die Aussagen dieser Untersuchung sind empirisch gut belegt, das Buch ist verständlich geschrieben. Gravierende Kritikpunkte sind kaum zu nennen. Ein wichtiges zukünftiges außenhandelspolitisches und weltwirtschaftliches Problem wird in diesem Buch angefaßt; allerdings fällt der wirtschaftstheoretische Hintergrund ein wenig schwach aus. Das Buch ist zu deskriptiv, die Probleme werden oft nur aus der Sicht der neuen politischen Ökonomie dargestellt; an einigen Stellen sind die statistischen Belege nicht zwingend. Eine intensivere außenhandelstheoretische Auseinandersetzung unterbleibt.

M. E. beurteilen die Verfasser die japanische wirtschaftliche Lage zu optimistisch. Ein stärkerer Branchenvergleich zwischen der japanischen Industrie und der bundesrepublikanischen wäre bspw. hilfreich gewesen. Es steht zu vermuten, daß die deutsche Exportwirtschaft eine größere Widerstandskraft gegenüber wichtigen weltwirtschaftlichen Datenänderungen (Wechselkurse) hat als die japanische Exportwirtschaft, weil deren Angebotspalette weniger differenziert ist als die der Bundesrepublik. Die hohe Konzentration der japanischen Exportwirtschaft in der Hand großer Konzerne bringt zwar den Vorteil, daß die Produktionskosten flexibler an Wechselkursänderungen angepaßt werden können als im europäischen Raum; aber dadurch wird sie kurzfristig den weltwirtschaftlichen Entwicklungen stärker ausgesetzt sein als die differenziertere Struktur Europas.

Alles in allem bietet das Buch eine gute Darstellung der angeschnittenen Problematik. Der Rezensent hätte sich eine etwas kritischere Einstellung gegenüber der praktizierten Wirtschaftspolitik gewünscht; zu stark scheinen die Verfasser mit zweitbesten Lösungen zufrieden zu sein. Dies deutet Pragmatismus an; aber Ökonomen dürfen ein wenig Mut zu einer stärkeren Kritik von Fehlentwicklungen haben – auch wenn sie sich dessen voll bewußt sind, daß ihre Änderungsvorschläge politisch schwer durchsetzbar sind.

W. Lachmann, Mainz

*Gubitz, Andrea: Geldmärkte und Europäisches Währungssystem: Ein ökonomisches Ungleichgewichtsmodell für die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich (Reihe Volkswirtschaftliche Beiträge, Bd. 101). Schulz-Kirchner Verlag, Idstein 1985. 201 S. Kt. DM 39,90.*

Die Autorin hat sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt, einen Beitrag zur Beurteilung der monetären Stabilität des EWS aus ökonomischer Sicht mit den Verfahren der Ungleichgewichtsökonomie zu leisten. Die eingehende Formulierung der Zielsetzung und der Vorgehensweise schwankt zwischen normativen Elementen und formal klaren Abgrenzungen. Zugunsten des EWS werden einige politische bzw. wirtschaftspolitische Aspekte als Gewinn und damit normativ als Datum vorgegeben, über die in der Literatur kontroverse Diskussionen stattfinden: 1. Dem EWS sei es gelungen, „Länder mit sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Struktur und divergierenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen einander näherzubringen. Damit erfüllt es in Europa einen wichtigen politischen Zweck“. 2. „Das wirtschaftspolitische Ziel, das mit Hilfe des EWS erreicht werden kann, ist eine Förderung des innereuropäischen Handels“ (S. 1). 3. Das EWS bewirkt einen gewissen Schutz vor stark schwankenden Wechselkursen.

Die Aussage über die handelspolitische Wirkung wird einerseits eingeschränkt bzw. immunisiert, indem darauf hingewiesen wird, daß diese Aussage unsicher sei, weil man die Entwicklung des Handels ohne EWS nicht simulieren könne. Anschließend werden die Probleme aufgeworfen, inwieweit das EWS auf den Finanzmärkten Ungleichgewichte gefördert hätte, ohne daß hierbei eine Verbindung zwischen Güter- und Finanzmarkt erwähnt wird.

Dieser „politische und wirtschaftspolitische Gewinn“ des EWS bildet das Gegengewicht zur Kernfrage der Arbeit nach dem „Preis im monetären Bereich“. Es soll geprüft werden, inwieweit die im EWS erforderlichen Interventionen zu ungleichgewichtigen Situationen auf den inländischen Geldmärkten geführt haben und inwieweit daraus Rückwirkungen auf den Wechselkurs aufgetreten sind. Das Mittel ist ein

ökonomisches Zwei-Länder-Modell, für das die beiden gewichtigsten Länder des EWS gewählt werden: die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Um zu realitätsnahen Aussagen zu gelangen, werden in diesem Modell die institutionellen Rahmenbedingungen (EWS, Organisation der Geldmengenkontrolle und Geldmärkte), die theoretischen Aspekte der Wechselkursklärung, die Geldnachfrage und das Geldangebot mit den ökonomischen Methoden (nichtlineares zweistufiges Kleinstquadrat-Verfahren, Switching Regressions) zu zwei Modellen (ein rekursives Modell, ein vollständig simultanes Modell) verbunden. Als Datenbasis werden aufgrund der einfachen Verfügbarkeit Monatszahlen für den Zeitraum März 1979 bis Dezember 1982 gewählt. Neben der Prüfung der Wirkungen des EWS beabsichtigt die Autorin, mit Hilfe der Modelle auch andere Problemstellungen zu beleuchten: 1. die monetäre Erklärung der Wechselkurse; 2. die Verhaltensweise der Zentralbanken und 3. die Modellierung eines Ungleichgewichts für die Geldmärkte.

Der erste Schritt zur Modellierung ist die Betrachtung der währungspolitischen Rahmenbedingungen des EWS, wobei in kurzer Form auf seine Vorläufer und auf seine eigenen Strukturelemente eingegangen wird. Dabei sind kleine Ungenauigkeiten feststellbar: u. a. Schweden ist kein Dauermitglied der Währungsschlange gewesen, sondern trat am 29. August 1977 aus (S. 10); problematisch sind auch Konvergenzaussagen allein auf der Grundlage von Zeitreihen (S. 19f.). Da der Kern der Arbeit sich auf den Zusammenhang von Wechselkurs und Geldmarkt bezieht, konzentriert die Autorin ihre Wechselkursstheorie auf den monetären Ansatz von Dornbusch. In einer – für den Zweck der Arbeit – zu weit ausholenden Darstellung werden die verschiedenen Versionen der Kaufkrafttheorie und ihre historische Genesis abgehandelt, bevor auf den Dornbusch-Ansatz und seine Erweiterungen eingegangen wird (S. 43ff.). Zwar im Kontext einer ökonomischen Studie auf der Grundlage des monetaristischen Ansatzes „logisch“ ist die Definition des kurzfristigen Gleichgewichtswechselkurses (ein Devisenmarktkurs ohne Interventionen). Da aber in dem Beobachtungszeitraum (März 1979 - Dezember 1982) massive Eingriffe in den Kapitalverkehr stattfanden (Restriktionen seitens Frankreichs und Restliberalisierungen seitens der Bundesrepublik Deutschland), entstanden Probleme, die über die vorgelegten Einschränkungen weit hinausreichen und deshalb ausführlicher hätten gewürdigt werden müssen.

Im dritten Kapitel folgt die Theorie des Geldmarktes, bei der man die Übung in angelsächsischen Dissertationen hätte anwenden können: klare Lehrbuchelemente werden ausgeklammert. Dieser Raum hätte für ausführlichere Erläuterungen bei der Konstruktion des Modells im 4. Kapitel eingesetzt werden können, da diese Materie einer breiten Leserschaft schwerer zugänglich ist. Als interessant innerhalb des Ansatzes sei hier lediglich hervorgehoben, daß die Instrumentvariablen der Zentralbank nicht wie üblich exogen gesetzt werden und Zielvariablen erklären (Inflationsrate, Einkommen, Beschäftigung), sondern genau umgekehrt bestimmte Instrumentvariablen endogen und durch exogene Zielvariablen erklärt werden. Es werden eine Wechselkursgleichung, eine Zentralbankreaktionsgleichung und für den Geldmarkt getrennt Gleichungen für das Geldangebot und die Geldnachfrage entwickelt, in die mit Hilfe von Scheinvariablen auch politische Datenänderungen eingearbeitet werden, um die Schätzergebnisse zu verbessern. Die Wechselkursgleichung und die Zentralbankreaktionsfunktion werden mit Hilfe schätztechnischer Standardverfahren (OLS, I. V.) behandelt, die Geldmarktgleichungen dagegen werden aufwendiger bearbeitet, um die Auswirkungen auf die stochastischen Spezifikationen von Modellteilen zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse für die Wechselkursgleichung der D-Mark zum Beispiel sind: die Veränderungen der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank haben kurzfristig

keinen entscheidenden Einfluß auf den Wechselkurs; bei den Hypothesen über den Einfluß von Zinsdifferenzen kann die These, daß die Nominalzinsdifferenzen einen Einfluß haben, nicht verworfen werden. Für Frankreich sind – erwartungsgemäß – die Ergebnisse unbefriedigender, weil alle Determinanten, vor allem aber die Zinsen, im Beobachtungszeitraum starken staatlichen Regulierungen unterlagen. Nachdem die französische Regierung die Kapitalverkehrskontrollen seit 1985 drastisch abgebaut hat und auch die Finanzmärkte stark liberalisiert, dereguliert und entstaatlicht hat, ist anzunehmen, daß mit Daten ab 1985 validere Ergebnisse zu erwarten sind.

Die Berechnungen und eine Modellierung werden ferner erschwert, weil der größte Teil der Interventionen intramarginal stattfand (nach den neuesten Unterlagen bis zu 90%) und damit außerhalb des EWS finanziert (u. a. über Geld- und Kapitalmärkte) und abgerechnet wurde, und die Geldmengenwirkungen sehr variabel sterilisiert worden sind. Diese Mischung aus administrativen Interventionen, Abweichungen von den Rahmenbedingungen des EWS und Nutzung der Kapitalmärkte als Finanzierungsquellen für Interventionen signalisieren keine Konstanz der politischen Handlungsfunktion und machen ökonometrische Berechnungen und Modellierungen zu einer frustrationsreichen Arbeit. Die unterstellte Klarheit von Interdependenzen wird ständig unterlaufen und auch nicht im Zeitablauf ausgeglichen. Deshalb ist es einmal anerkennenswert, daß die Autorin versucht hat, durch dieses Dickicht hindurch Licht zu bringen, andererseits bleiben substantielle Einschränkungen bei den Ergebnissen.

Es ist nicht möglich, hier auf alle technischen und theoretischen Details einzugehen und die grundsätzliche Problematik zu diskutieren, wie weit man wissenschaftlich exakt sein kann in einem Feld begrenzter Formalisierbarkeit. Die vorliegende Studie ist trotz der Einschränkungen ein interessanter Annäherungsversuch. Es wäre wünschenswert, wenn dieser erste Schritt eine Fortsetzung fände für die wohl günstigeren Bedingungen seit 1985, um einige der interessanten Ergebnisse z. B. zum Modell mit endogenen Zinsen zu überprüfen. Vor allem die Aussagen über die Wirkungen der Interventionen müßten erneut betrachtet werden, weil die Deutsche Bundesbank seit 1982 die Geldmengenwirkungen bis zu 80 v. H. sterilisiert. Veränderungen haben sich auch bei der Finanzierung und Abrechnung der Interventionen ergeben, die auf die endogenen Komponenten der Geldbasis (Gold- und Devisenbestände, Nettoforderungen gegenüber dem EFWZ, Kredite der Zentralbanken an Geschäftsbanken und öffentliche Haushalte) rückwirken.

R. Hasse, Hamburg

*Schepers, Walter: Zum kurzfristigen Zusammenhang zwischen Nachfrage und Beschäftigung (Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, Bd. 14. Hrsg. L. Hübl). Duncker & Humblot, Berlin 1985. 209 S. DM 48,-.*

Der vorliegende Beitrag zur Theorie der kurzfristigen Beschäftigungsentscheidung greift ein scheinbar gängiges Problem auf, das in der Produktionstheorie zum Basiswissen gehört. Die Entwicklung der Beschäftigung folgt momentan der Nachfrageentwicklung. Sicherlich ist es an der Zeit, dem Zusammenhang von Nachfrage und Beschäftigung nachzugehen und in deterministischen wie auch in stochastischen Modellen einzubringen. Es gibt empirische Untersuchungen zum oben genannten Thema, denen vielfach der theoretische Unterbau jedoch fehlt. Die Betrachtungsebene ist vorwiegend mikroökonomischer Art; der Autor nimmt ausdrücklich Bezug auf das Unternehmen. Allerdings kommen nicht Produktionsfunktionen des Typs B oder C zum Vortrag, wie auch nicht die in der Betriebswirtschaftslehre üblichen

inputs aufgeführt werden. Der output ist abhängig von der tatsächlichen Arbeitszeit und der Zahl der Beschäftigten sowie von einem Effizienzparameter und der Produktionselastizität. Das Modell wird hierdurch sicherlich vergrößert, aber natürlich auch faßbar und weiter aufbereitbar gemacht. Der Verfasser weist ausdrücklich auf diese Vereinfachungen hin. Als Kosten der laufenden Produktion werden lediglich Lohnkosten berücksichtigt, die auch Überstundenzuschläge enthalten können. Ein gegebenes Produktionsvolumen kann das Unternehmen mit unterschiedlicher Arbeitszeit und Beschäftigtenzahl erstellen. Hier wird die Spezialität des Modells offensichtlich. Ein Betriebswirt wüßte eine Menge von „Wenn und Aber“ vorzubringen. Der Wirtschaftlichkeitsgedanke kommt in der Kostenminimierung zum Ausdruck. Interessant sind die Kostenkategorien „Anpassungskosten“ und „Abweichungskosten“. Letztere entstehen, wenn von der Minimalkostenkombination abgewichen wird. Anpassungskosten sind solche, die mit der Anpassung den relevanten Aufwendungen gleich gesetzt. Auch Anpassungshemmnisse sollen in den Anpassungskosten inbegriffen sein. Im stochastischen Modell wird nur die Güternachfrage (Produktion) „stochastisiert“. Die Güternachfrage wird durch eine subjektive Wahrscheinlichkeitsverteilung abgebildet. Die Beschäftigungsentscheidung hängt von den Parametern der Verteilung ab, vor allem von dem Grad der Unsicherheit.

Das Beschäftigungsfunktionsmodell geht auf Brechling zurück; es wird vorgestellt und kritisch diskutiert. Im Vordergrund der Kritik steht themengemäß die verzögerte Beschäftigungsanpassung. Das Basismodell weist zwei Komponenten auf: die Funktion der gewünschten Beschäftigung und die Beschäftigungsanpassungsfunktion. Der Autor des Buches beschreitet hier einen eigenständigen Weg. Die Betriebswirtschaftslehre sollte versuchen, diesen Weg zu überprüfen und ihn sich gegebenenfalls nutzbar zu machen. Jede Lücke zwischen aktueller und gewünschter Beschäftigung induziert eine Veränderung der aktuellen Beschäftigung. Der Verfasser macht auch Aussagen zur Beschäftigungsstrategie.

Die dynamischen Modelle der Beschäftigungsnachfrage sind die von Wickens, Solow und Griliches. Diese Modelle werden vorgetragen und im Hinblick auf die Zielsetzung des Buches kritisiert. Schließlich entwickelt sich daraus ein  $n$ -Perioden-Modell der kurzfristigen Beschäftigungsentscheidung. Die Ausführungen zur Beschäftigungsanpassung bei verbesserter Absatzerwartung sind nicht leicht zu lesen. Der Einsatz von Mathematik, mathematisch formulierten Bemerkungen und Beweisen zwingt den Leser zu einer erheblichen Konzentration. Die an sich instruktiven Abbildungen sind für den Leser nur eine kleine Hilfe. In einem achtzehnteiligen Anhang werden weitere Beweisgänge entwickelt.

Im letzten großen Kapitel wird das stochastische Modell der kurzfristigen Entscheidung bei unsicheren Absatzerwartungen und ergänzend bei variabler Information dargestellt. Hier erfolgt der Rückgriff auf die Bayesianische Entscheidungstheorie. Es wird ein stochastischer Zusammenhang zwischen wahren Umweltzustand und Information mittels einer Wahrscheinlichkeitsverteilung beschrieben. Der Bayesianische Ansatz ermöglicht es, die Verzögerung der Beschäftigungsanpassung an die Produktionsentwicklung über ein Abwarten der weiteren Entwicklung durch das Unternehmen zu erklären.

Dieses Buch ist durch seine theoretische Geballtheit, was hier positiv zu verstehen ist, für den am speziellen Thema Interessierten nützlich und gewährt neue Einblicke in eine wenig behandelte Problematik.

W. Lücke, Göttingen

Vaubel, R. / Barbier, H. D. (Hrsg.): Handbuch Marktwirtschaft. Verlag Günther Neske, Pfullingen 1986. 424 S. Ln. DM 48,-.

R. Vaubel und H. D. Barbier haben sich mit dem „Handbuch Marktwirtschaft“, das 50 meist sehr kompakte Aufsätze von 46 verschiedenen Autoren enthält, vorgenommen, „ein wenig“ zur Urteilsbildung über Prinzipien und Funktionsweise einer marktwirtschaftlichen Ordnung beizutragen. Ihre Absicht ist es, weniger den professionellen Ökonomen als vielmehr die breite Öffentlichkeit ohne spezifische Fachkenntnisse anzusprechen und zu erreichen. Dies ist ein lobenswertes Ziel, weil das Verständnis von Marktwirtschaften – selbst bei Studierenden der Nationalökonomie – sehr gering ist und häufig die Chancen verkannt werden, die marktwirtschaftliche Ordnungen bei der Bewältigung ökonomischer und sozialer Gegenwarts- und Zukunftsprobleme bieten können. An diesem Ziel ist das Handbuch zu messen. Angesichts der Fülle der einzelnen Beiträge und der angesprochenen Themenbereiche ist eine Detailwürdigung und -kritik insbesondere der umfangreichen Reformvorschläge zur Erneuerung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich. Sie wäre reizvoll, weil die – teilweise sehr knapp vorgetragenen – neuen Ideen nicht immer die postulierten Ergebnisse abzuleiten gestatten.

Das Buch besteht aus fünf Kapiteln, wobei in den ersten beiden Kapiteln die wichtigsten ordnungstheoretischen Grundlagen von Marktwirtschaften dargestellt und – sehr verdienstvoll – unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungskonzeptionen verglichen werden. Mit Blick auf das Ziel des Bandes hätte dieser Vergleich realer Wirtschaftsordnungen in „Ost und West“ sicherlich noch intensiver die systembedingten Probleme unterschiedlicher Wirtschaftssysteme aufzeigen können, weil dadurch insbesondere die aktuellen Reformbestrebungen in zahlreichen sozialistischen Ländern verständlicher geworden wären. Die übrigen Kapitel, die rund zwei Drittel des Handbuchs ausmachen, setzen sich damit auseinander, wie die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik ausgestaltet ist, ob und inwieweit sie sich bewährt hat und wie sie zu reformieren wäre, damit sie eine Zukunft hat: Im dritten Kapitel werden – ausgehend von den historischen Wurzeln des politischen und wirtschaftlichen Neuanfangs in der Bundesrepublik Deutschland nach Kriegsende – zentrale Elemente staatlicher Ordnungspolitik knapp und überzeugend dargestellt, wobei es möglicherweise Zufall (?) ist, daß die „Wettbewerbsordnung“ (*Langfeldt*) ziemlich am Ende des Kapitels plaziert wurde und auch im Titel von den anderen *Teilverfassungen* (Geld-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Finanzverfassungen) abweicht. Im vierten Kapitel wird – im Sinne einer Erfolgsbilanz – anhand der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele die praktische Bewährung der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland geprüft. Im fünften und zugleich umfangreichsten Kapitel werden schließlich zahlreiche Vorschläge unterbreitet, wie einzelne Märkte (z.B. Agrar-, Wohnungs-, Arbeits-, Kreditmärkte), Wirtschaftssektoren (z.B. Kohle, Stahl, Schiffbau, Telekommunikation) und Politikbereiche (z.B. Umwelt-, Finanz-, Sozialpolitik) zu reformieren wären.

Trotz der Vielfalt der aufgegriffenen wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Einzelfragen können drei Themenkreise herausgehoben werden, die in allen Kapiteln und in nahezu allen Beiträgen im Zentrum stehen. Sie werden vor allem in den drei übergreifenden Aufsätzen von *Giersch*, *Brunner / Meckling* und *Gutowski*, aus verschiedener Perspektive analysiert:

- *Giersch* erläutert und beurteilt die Bedeutung verschiedener Moralbegriffe – Gemeinnutz, Nächstenliebe (Altruismus), Eigennutz (Non-Tuismus), moralische Versuchung (Moral Hazard), politische Moralappelle (Moral Suasion) – in individualistischen und kollektivistischen Gesellschaftsordnungen bzw. dezentral und

zentral gesteuerten Wirtschaftssystemen. Dabei entwickelt er als Beurteilungskriterium für soziales Verhalten – in Anlehnung an Kant, von Hayek und Schumpeter – eine generelle, offene und zukunftsbezogene (dynamische) Verhaltensnorm im Sinne einer ‚evolutionären Sozialethik‘: „Sozial ist ein Verhalten, das einer Norm entspricht, die angesichts bevorstehender Erfordernisse oder wahrscheinlicher Herausforderungen der Zukunft dem Überleben der Gruppe dienen könnte und deshalb – nach meinem persönlichen Wunsch – zum allgemeinen Prinzip der Gruppe erhoben werden sollte“ (S. 21).

- *Brunner* und *Meckling* arbeiten in ihrem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erstmals publizierten und hier – leider nur auszugsweise – in deutscher Übersetzung vorliegenden Beitrag über ‚Menschenbild und Staatsverständnis‘ die wirtschaftspolitischen Implikationen unterschiedlicher Annahmen über das menschliche Verhalten heraus. Sie zeigen, daß sich die immer aktuelle Kontroverse über angemessene Staatsaufgaben weitgehend auf eine Diskussion über das relevante (ökonomische, soziologische, psychologische oder politische) Menschenbild reduzieren läßt; sie fordern, die Überprüfung von konkurrierenden Verhaltenshypothesen in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu rücken.
- *Gutowski* analysiert die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der achtziger Jahre. Nach seiner – wie immer in seinen Schriften deutlich formulierten – Einschätzung ist sie geprägt durch eine doppelte Enttäuschung des Glaubens an die ‚Allmacht des Staates‘, der durch das Scheitern keynesianischer Globalsteuerung und das Sichtbarwerden der Grenzen staatlicher Umverteilung sowie der Belastbarkeit der Wirtschaft „in den siebziger Jahren nur allzu klar falsifiziert“ wurde (S. 284).

In allen drei Beiträgen wird die Abhängigkeit des menschlichen Verhaltens und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von institutionellen Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen hervorgehoben (dieser Zusammenhang wird auch prägnant im Beitrag von Schüller herausgearbeitet). Implizit oder explizit wird eine Begrenzung des Sozialstaates bzw. eine Neuordnung des sozialen Sicherungssystems postuliert. *Giersch* und *Brunner / Meckling* warnen sodann eindringlich vor einer Bedrohung persönlicher Freiheiten durch eine interventionistische und wohlfahrtsstaatliche Wirtschaftspolitik.

Hervorzuheben ist, daß es den Autoren zahlreicher Artikel durchweg gelungen ist, die Unterschiede zwischen Konzeption und Wirklichkeit der deutschen Version marktwirtschaftlicher Ordnungsgestaltung anhand verschiedener Kriterien (Entwicklung der Staatsquote, Ausmaß öffentlicher Produktion, Marktzutritts- und Marktaustrittsbarrieren, Protektionsmaßnahmen sowie Preis- und Mengenregulierungen auf Arbeits-, Güter- und Finanzmärkten) herauszuarbeiten. Die meisten Autoren setzen sich kritisch mit den immer wieder vorgetragenen Begründungen für Sonderregulierungen von Einzelmärkten auseinander (externe Effekte, ruinöse Konkurrenz, immanente Instabilitäten, natürliche Monopole etc.) und belegen überzeugend, daß dabei häufig interessengeleitete (Schein-) Argumente aufgebaut werden. Dabei entstehen – über den Band verteilt – argumentative Wiederholungen, aber auch Widersprüche – besonders zu der von *Pfähler* im ersten Kapitel vertretenen Position, die dem Staat wegen des vermeintlichen Marktversagens weitreichende distributive, allokativen und stabilisierende Aufgaben zuweist. Diese, aus einem fragwürdigen Referenzmodell (u. a. Ziel der Wettbewerbspolitik: viele Anbieter und Nachfrager, S. 60) resultierenden Konsequenzen werden von mehreren Autoren (u. a. *Woll*, *Jüttemeier*, *Gutowski*, *Langfeldt*, *Besters*) widerlegt.



In vielen Beiträgen liegt der Schwerpunkt auf der Integration der sozialen Komponente in die wettbewerbliche Marktwirtschaft. Dies verwundert nicht, ist doch diese Integrationsfrage sowohl in der Konzeption als auch in der Realität nach wie vor problembeladen, was sich auch in kontroversen Auffassungen in verschiedenen Beiträgen widerspiegelt. Neben den sozialen Implikationen der Marktwirtschaft, in der wirksamer Wettbewerb ein zentrales Element der Machtverteilung, -zersplitterung und -kontrolle ist (*Besters, Giersch, Soltwedel, Starbatty*), wird ausführlich die zweckmäßige Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems diskutiert (*Albers, Streit, Vaubel, Oberender, Kannengießer* und *Barbier*, der mit der Betonung des Verursacherprinzips einen originellen Beitrag zur Reform der Arbeitslosenversicherung leistet).

Hervorzuheben ist die – bereits im ersten Kapitel von *Kaltefleiter* vorbereitete – Analyse des Zusammenhangs zwischen persönlichen Freiheiten und interventionistischer Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft. Als Ursachen der aus dem schleichenden „Konstruktivismus“ resultierenden Freiheitsbedrohung kennzeichnen *Besters* (S. 119 ff.), *Streit* (S. 203 ff.) und *Hamm* (S. 294 ff.) das Eigeninteresse stimmenmaximierender Politiker, budgetmaximierender Bürokraten und gewinnmaximierender organisierter Bevölkerungsgruppen. Ob und inwieweit die von *Besters* angedeutete pessimistische Perspektive (S. 120), die Marktteilnehmer würden zunehmend staatliche Leistungen beanspruchen, allgemeine Rechtsregeln unterlaufen und kein Interesse an einer die Freiheitsrechte schützenden und ausbauenden Wirtschaftspolitik haben, Realität wird, bleibt abzuwarten. Dies hängt auch wesentlich von der ordnungstheoretischen Innovationsfreude und -fähigkeit der Wissenschaftler ab, an der es in Deutschland lange Zeit gefehlt hat. Weshalb haben jene Vorschläge, staatliche Macht institutionell zu begrenzen, wie sie – in Anlehnung an von Hayek und Buchanan – von *Besters* selbst und von *Streit* angedeutet werden, keinen höheren Stellenwert in dem Band? Hier liegen doch die ordnungspolitischen, gestalterischen Zukunftsaufgaben, soll dem Gefangenendilemma entronnen und die Voraussetzungen für eine offene Gesellschaft unter geänderten Informations-, Risiko- und Entscheidungsbedingungen geschaffen werden. Diese Auseinandersetzung kommt zu kurz in dem Handbuch, das zudem noch kompakter hätte werden können, wenn durch eine straffere redaktionelle Bearbeitung Wiederholungen vermieden und inhaltlich verzahnte Beiträge (wie zur sozialen Komponente) geschlossen angesiedelt worden wären. Einige Bereiche, wie Neuansätze zu wettbewerbpolitischen Reformen oder die Reform der für die Stabilität marktwirtschaftlicher Entwicklung bedeutsamen Geldpolitik, werden nur am Rande behandelt. Auch wäre die Argumentation sicherlich facettenreicher ausgefallen, wenn nicht knapp die Hälfte der Autoren im Kieler Institut wurzelten, wodurch ein beachtliches „Nord-Süd-Gefälle“ entstanden ist.

Diese kritischen Apekte ändern nichts daran, daß es den Autoren und Herausgebern mit dem Handbuch gelungen ist, mehr als nur ‚ein wenig‘ zur besseren Urteilsbildung bei den Lesern beizutragen. Der Anfänger wird mit alternativen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepten, fundamentalen Problemen (z.B. Abgrenzung von Staatsaufgaben) und aktuellen Streitfragen (Sozialversicherungssystem, Schuldenkrise) durch zumeist übersichtlich strukturierte Beiträge vertraut gemacht; er erfährt gute Gründe, die für eine liberale Wirtschaftsordnung sprechen, und er erfährt vieles über die Gefahren, die sie bedrohen. Das Grundlagenwissen, das ihm in diesem Band durch die nie langweilige Lektüre der problemorientiert verfaßten Beiträge vermittelt wird, wird es ihm erleichtern, die Stichhaltigkeit der auf dem politischen Markt ausgetauschten Argumente einzuschätzen und zu durchschauen. Für den Fortgeschrittenen stellt der Band eine reiche Quelle dar, aus der er viele Informationen über die unüberschaubaren Einzelregelungen für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche in der

Bundesrepublik gewinnen kann, die in so komprimierter Form nur selten angeboten werden.

H. J. Thieme, Bochum

*Kuppler*, Benno SJ: Kapital im Wandel. Kontinuität und Wandel der kirchlichen Sozialverkündigung am Beispiel des gewandelten Verständnisses von „Kapital“. Nomos, Baden-Baden 1988. 165 S. Brosch. DM 38,-.

Die vorliegende Arbeit ist eine Dissertation des Autors, die von der Universität Gregoriana in Rom angenommen wurde. Kuppler geht von der Begriffsgeschichte des Kapitals aus und analysiert den Kapital-Begriff in den Wirtschaftswissenschaften. Hauptziel der Arbeit ist die Erarbeitung der Grundlagen der Katholischen Soziallehre zum Verhältnis von Kapital und Arbeit. Dabei werden die wichtigsten Dokumente dieser Soziallehre untersucht, beginnend von *Rerum novarum* über *Quadragesimo anno*, die Pfingstbotschaft Pius XII. von 1941, die Enzyklika *Mater et magistra*, *Gaudium et Spes*, dann die nachkonziliaren Enzykliken *Populorum Progressio*, *Octogesimo Advenies* und schließlich die sehr wichtige und zukunftsweisende Enzyklika *Laborem exercens* des gegenwärtigen Papstes.

Zur Begriffsproblematik hebt der Autor vor allem die Bedeutung des Kapitals als produziertes Produktionsmittel hervor. Kuppler bringt dann einen interessanten Definitionsvorschlag: Der Kapital-Begriff müsse den monetären und ökonomisch-technischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Es müsse ein Begriff sein, der sich in jedem Wirtschaftssystem verwenden lasse. Kapital als Privateigentum ist zu eng. Man dürfe Kapital nicht als einen von der Arbeit unabhängigen Produktionsfaktor auffassen. Kuppler verweist auf Böhm-Bawerk, der Kapital als Inbegriff von Produkten bezeichnet, die zu fernerer Produktion bestimmt sind. Historisch gesehen paßt dieser Kapitalbegriff in die Zeit des Aufkommens der päpstlichen Lehrverkündigung mit *Rerum novarum*.

Die Stärke der vorliegenden Untersuchung liegt vor allem in der Behandlung der einschlägigen Grundlagen der katholischen Soziallehre. Auch hier geht der Autor von einer kritischen Analyse des Begriffes aus. Wichtiger ist die Analyse der Dokumente selbst, die in ihrem Wandel, aber auch in der Kontinuität wesenhafter Aussagen Beachtung verdienen.

Vorher sind freilich noch die Ausführungen Kupplers über die Träger der katholischen Soziallehre hervorzuheben. Es werden die Ebenen angeführt, auf denen katholische Soziallehre verhandelt wird. Neben dem Papst für die Weltkirche und den Bischöfen auf der regionalen Ebene hebt Kuppler mit Recht die Wissenschaftler in ihrer wichtigen Aufgabe der Interpretation und wissenschaftlichen Vertiefung eben dieser Soziallehre hervor, dann aber auch „vor Ort“ die Christen und die katholischen Verbände in der Funktion der praktischen Umsetzung: Sie alle sind Träger dieser katholischen Soziallehre. Dies verdient in einer Zeit hervorgehoben zu werden, da zumindest da und dort diese Rolle der katholischen Verbände umstritten ist und manche Verunsicherung eingetreten ist.

Ausdrücklich betont der Autor, daß es nicht angeht, den Laien die Kompetenz abzuspochen, auch „von unten eine katholische Soziallehre mitentwickeln zu können“ (S. 41). Gerade Persönlichkeiten, die hohe Funktionen in der Kirche ausgeübt haben, zugleich aber selbst wissenschaftlich einschlägig tätig waren, warnen vor einem zu raschen Rufen nach dem obersten kirchlichen Lehramt. Kuppler zitiert Kardinal Höffner in diesem Zusammenhang (S. 42).

Vielfach wird eben diese kirchliche Sozialverkündigung zu einseitig auf die großen Dokumente, die Sozialenzykliken konzentriert. Daneben kommt vielen anderen Dokumenten Bedeutung zu, nicht zuletzt den Ansprachen des Papstes in Rom und weltweit, Rundfunkbotschaften und vieles mehr. Die Formen dieser Sozialverkündigung haben freilich vielfach nur regionale Bedeutung.

Über das eigentliche im Buchtitel angesprochene Thema des Kapitals behandelt Kuppler die wesentlichen Basisfragen relativ eingehend, so die Quellen der katholischen Soziallehre und ihre Vermittlung, weiters die wesentlichen Grundsätze der katholischen Soziallehre und den Zusammenhang zur Anthropologie dieser Soziallehre. Die sehr gründlichen Analysen dieses Teiles machen die Lektüre des Buches gewiß nicht leichter, bringen allerdings in knapper Form so viele grundsätzliche Aussagen, so daß das vorliegende Buch zumindest weithin auch als allgemeine Einführung in die katholische Soziallehre herangezogen werden kann.

Die „Bestimmung der Erdengüter für alle Menschen“ (S. 68 ff.) leitet über zum eigentlichen Thema des vorliegenden Buches. *Rerum novarum* konzentriert die Kritik auf die Aussage, daß über das Kapital, das in den Händen relativ weniger Personen monopolisiert ist, Marktmacht und gesellschaftliche Macht ausgeübt wird. *Quadragesimo anno* hebt vor allem die Doppelseitigkeit des Eigentums, seine individuelle und seine soziale Seite hervor und kommt so auch zu einer deutlichen Gemeinwohlorientierung: Aus der Sozialfunktion ergeben sich Grenzen der Verwendung der Einkünfte aus Kapitalbesitz. Es geht vor allem um die Verwendung großer Einkünfte zur Schaffung von Arbeitsplätzen (S. 80). Wo es das Gemeinwohl erfordert, befürwortet die Enzyklika auch eine Vorbehalt zugunsten der öffentlichen Hand.

Für uns ist es in diesem Zusammenhang besonders wichtig, die Aussagen der beiden auch heute noch so stark diskutierten Sozialenzykliken *Mater et magistra* und *Laborem exercens* zu kennen. Kuppler widmet dieser Analyse einen breiten Raum. Die erstere Enzyklika hebt die Bedeutung der breiten Eigentumsstreuung auch für die Produktionsmittel hervor. Die zweite Enzyklika betont den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Kuppler versteht es, diese Thesen (und die gesamten einschlägigen wesentlichen Aussagen dieser beiden Sozialrundschriften) sehr anschaulich zu untersuchen und die verschiedenen Gemeinwohlebenen recht deutlich zu machen, so das „volkswirtschaftliche“ und das „gesamtmenschheitliche“ Gemeinwohl. Es ist die erwähnte Bestimmung der Erdengüter für alle – ein sehr beachtliches, wenn auch heute nicht realistisch erscheinendes Ziel – welche im Mittelpunkt der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise vor allem in *Laborem exercens* steht. Kuppler hebt hervor, daß die Dokumente der kirchlichen Sozialverkündigung das Kapital in seinen verschiedenen Formen als Wirklichkeit betrachten, daß Persönlichkeitsentfaltung und soziale Sicherheit von einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abhängen: Vor allem aber, daß die Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine unerläßliche Voraussetzung für eine solche gerechtere Sozialordnung ist. Kollektivistische Lösungen werden im katholischen Sozialdenken in ihrer Einseitigkeit abgelehnt.

Das mit großer Gründlichkeit erarbeitete Buch kann dennoch als leicht lesbar bezeichnet werden: Die Klarheit der Gedanken verbindet sich mit einer beachtlichen sprachlichen Ausdruckskraft.

So werden auch die schwierigen Fragen der Mitbestimmung und der Organisationsformen des Verhältnisses von Arbeit und Kapital verständlich dargestellt: Dabei wird deutlich, daß die Aussagen der Sozialenzykliken gewiß manchem Wandel unterlegen sind, in ihrem wesentlichen Inhalt aber dennoch Kontinuität hervortreten lassen, insbesondere dort, wo es um die anthropologischen Grundgedanken der katholischen

Soziallehre geht. Kapitalkonzentration bringt Machtkonzentration und damit Gefährdungen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Die katholische Soziallehre stellt den aus seinem Gewissen handelnden Menschen als Ziel- und Ausgangspunkt heraus, er darf nicht zum Spielball von anonymen Wirtschaftsinteressen werden. Mit Recht stellt Kuppler heraus, daß es nicht Aufgabe dieser katholischen Soziallehre ist, die wirtschaftstheoretischen Grundlagen zu erarbeiten, sondern daß Überlegungen angestellt werden sollen, wie die konkrete gesellschaftliche Ordnung mehr Forderungen des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit entsprechen kann. Immer geht es auch um einen Dialog, um immer neu notwendige Auseinandersetzungen in der pluralistischen Gesellschaft, um das optimale Verhältnis von Kapital und Arbeit, um die Gewinnung bestmöglicher Entscheidungshilfen für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der einzelnen Staaten.

A. Klose, Wien

*Berthold, Norbert / Külpe, Bernhard: Rückwirkungen ausgewählter Systeme der Sozialen Sicherung auf die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft. Duncker & Humblot, Berlin 1987. 173 S. DM 68,-.*

Inhalt und Tragweite der „sozialen“ Komponente der „Sozialen Marktwirtschaft“ sind seit vier Jahrzehnten Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion und kontroverser Diskussion. Die Auseinandersetzung hat sich in der jüngsten Vergangenheit erneut intensiviert. *Gutowski / Merklein* haben im Zuge der aktuellen Debatte das Verdikt gefällt, daß „der Bereich ‚Soziales‘ einer Fraktion überlassen (blieb), die sich um die anstrengende, aber wenig glanzvolle Rationalität und Logik – wie sie im Bereich der ökonomischen Theorie erforderlich ist – kaum scherte.“ (*Gutowski, A. / Merklein, Renate* (1985), *Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 49 ff., 51). *Lampert / Bossert* verweisen demgegenüber auf zahlreiche Arbeiten der wissenschaftlichen Sozialpolitik, die nach ihrer Auffassung deutliche Konturen einer konsistenten Theorie des Sozialen aufweisen (vgl. *Lampert, Heinz / Bossert, Albrecht* (1987), *Die Soziale Marktwirtschaft – eine theoretisch unzulänglich fundierte ordnungspolitische Konzeption?* In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 109 ff., 116 f.).

Zur Versachlichung und theoretischen – nicht: empirischen – Fundierung der Argumentation aus ökonomischer Sicht leistet die vorliegende Studie von *Berthold / Külpe* einen fest umrissenen Beitrag. Dabei geht es nicht um die Einordnung der Sozialpolitik als Schutzpolitik und deren Entwicklungstrend zum Lebensstandardprinzip in ein ordnungspolitisches Leitbild. Die Autoren stellen vielmehr auf die Beeinflussung der Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft durch ausgewählte Systeme der Sozialen Sicherung ab. Dieses Erkenntnisinteresse wird mit der Überlegung begründet, daß eine wesentliche Voraussetzung der allokativen Überlegenheit mehr marktwirtschaftlich organisierter gegenüber eher planwirtschaftlich orientierten Gesellschaften in der Fähigkeit des marktwirtschaftlichen Koordinierungsmechanismus zu sehen ist, flexibel auf Datenänderungen zu reagieren.

Die Untersuchung ist in drei Hauptteile gegliedert.

Als Determinanten der Anpassungsfähigkeit werden im *ersten Teil* die Preisflexibilität, die Mobilität der Produktionsfaktoren und die Bildung von Kapital herausgestellt. In bezug auf den Faktor Kapital und die damit zusammenhängende Frage nach dem Einfluß der Sozialen Sicherung auf die private Ersparnisbildung wird davon

ausgegangen, daß den Wachstumsbedingungen in einer Volkswirtschaft für die Verarbeitung von Anpassungslasten eine besondere Bedeutung zukommt.

Im *zweiten Teil* wird der Einfluß gegebener Regelungen der Arbeitslosenversicherung auf Preisflexibilität und Mobilität unter den Gesichtspunkten individuelles Arbeitsangebotsverhalten, unternehmerisches Arbeitsnachfrageverhalten und Verhalten der Tarifpartner erörtert. Außerdem werden Vorschläge zur Umgestaltung der bestehenden Arbeitslosenversicherung analysiert. Der einen dringlichen politischen Gestaltungsbedarf in Frage stellende Befund, daß aufgrund der Ausgestaltung des Arbeitslosenversicherungssystems in der Bundesrepublik Deutschland sowohl auf der Leistungs- als auch auf der Finanzierungsseite „... bedeutende negative Sekundärwirkungen ... unwahrscheinlich sind“ (S. 89), überrascht in dieser Eindeutigkeit, auch wenn die Autoren einen möglichen negativen Einfluß auf das Verhalten der Tarifpartner in den Tarifauseinandersetzungen nicht ausschließen wollen. Hierzu werden in der Literatur auch gegensätzliche Auffassungen vertreten (vgl. nur *Soltwedel*, Rüdiger (1981), Unerwünschte Marktergebnisse durch sozialpolitische Eingriffe, in: O. Issing (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*. Berlin 1981, 79ff. und die dort in Fußnote 17, S. 92 gegebenen Literaturhinweise, die allesamt in der Studie von *Berthold / Külpe* nicht erkennbar verarbeitet sind); es gilt deshalb nach wie vor das Urteil *Soltwedels*, daß noch intensive und vor allem empirisch abgestützte Forschungsarbeiten erforderlich sind (vgl. ebenda), um die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung auf die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft genauer abzuschätzen und darauf aufbauend politische Gestaltungsempfehlungen geben zu können.

Der *dritte Teil* hat den Einfluß der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft zum Gegenstand. Als Determinante der Anpassungsfähigkeit rückt dabei die Bildung von Kapital in den Vordergrund. Nach einem Überblick über die historische Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der Sparquote wird demzufolge eine wiederum theoretische Analyse des Zusammenhangs von umlagefinanzierter Alterssicherung und privater Sparquote vorgenommen. Hierbei steht eine kritische Auseinandersetzung mit der Feldstein-These von der ersparnismindernden und wachstumsreduzierenden Wirkung eines umlagefinanzierten Alterssicherungssystems im Mittelpunkt der Ausführungen. Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis, daß auf theoretischer Ebene nicht entschieden werden kann, ob ein umlagefinanziertes Alterssicherungssystem die *individuelle* Sparneigung verringert (S. 144) und daß auch in *gesamtwirtschaftlicher* Betrachtung die These von dessen ersparnismindernder Wirkung nicht generell gültig sei; gegenüber stationärer und schrumpfender Bevölkerungsentwicklung könne man nur bei positiven Wachstumsraten der Bevölkerung und des pro-Kopf-Einkommens davon ausgehen, daß eine kapitalfundierte Lösung des Alterssicherungssystems gegenüber dem umlagefinanzierten komparative Vorteile aufweise (S. 163). Auch in diesem Bereich besteht somit weiterer Forschungsbedarf. In der Reformdiskussion um die gesetzliche Rentenversicherung werden die theoretischen Überlegungen von *Berthold / Külpe* wohl keine prägende Rolle spielen – hierzu sind die unterstellten Szenarien der Bevölkerungsentwicklung zu global gehalten und zu wenig auf die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik abgestellt.

Insgesamt zeichnet sich die Studie von *Berthold / Külpe* sicherlich durch Rationalität und Logik der ökonomisch-theoretischen Argumentation aus. Ihr Wert für die sozialpolitische Gestaltung dürfte nicht so hoch anzusetzen sein.

D. Schönwitz, Hachenburg

*Weiss, Claus*: Auswirkungen von Fehlern in den Daten auf Parameterschätzungen und Prognosen (Arbeiten zur angewandten Statistik, Bd. 30). Physica-Verlag, Heidelberg 1987. XII, 391 S. Brosch. DM 79,-.

Die Fortschritte in den Methoden der Ökonometrie haben zu immer besseren – in theoretischer Hinsicht – und anspruchsvolleren Verfahren geführt, ohne daß die Entwicklung in der Qualität der mit diesen Verfahren zu bearbeitenden Daten damit Schritt halten konnte. Der Vergleich mit der auf Spatzen schießenden Kanone ist in diesem Zusammenhang durchaus angebracht. Es ist das Berufsschicksal und Berufsrisiko jedes empirisch arbeitenden Wissenschaftlers, insbesondere aber eines jeden angewandten Ökonometrikers, daß er mit Fehlern in den Daten leben muß. Die meisten Empiriker ignorieren in ihren Arbeiten die Existenz von Datenfehlern. Der Grund dafür ist sicherlich nicht in Unkenntnis oder in Mangel an einschlägigen Methoden zur Berücksichtigung fehlerhafter Daten zu suchen, sondern eher darin, daß es an Informationen mangelt, diese Methoden (vgl. etwa *Schneeweiß* und *Mittag*: Lineare Modelle mit fehlerbehafteten Daten, 1986, oder *Mittag*: Modifizierte Kleinst-Quadrat-Schätzung im Modell mit fehlerbehafteten Daten, 1987) in die Praxis umzusetzen.

Die vorliegende Arbeit liefert in zweifacher Hinsicht einen Beitrag zur Diskussion über die Berücksichtigung von Fehlern-in-den-Variablen in ökonomischen Modellen:

1. Es werden die Auswirkungen unterschiedlicher a-priori-Annahmen über die stochastischen Eigenschaften der Datenfehler anhand der Verteilung der Parameterschätzwerte und der prognostizierten Variablenwerten diskutiert. Dazu werden Schätzer, die für meßfehlerfreie Daten entwickelt wurden, auf meßfehlerbehaftete Daten angewendet. Für gewisse lineare Modelle werden im ersten Teil der Arbeit analytische Aussagen über das daraus resultierende Verhalten von Schätzung und Prognose hergeleitet. Für allgemeinere Modelle werden im zweiten Teil der Arbeit Monte-Carlo-Simulationen durchgeführt.

2. Für ein kleines makroökonomisches Modell der BRD (Es handelt sich dabei im wesentlichen um eine Verkleinerung des Bonner Makromodells Version 11.) werden auch Methoden zur Beschaffung von Information über Art und Größe von Meßfehlern in den inkorporierten Variablen diskutiert. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß dem Verfasser der Arbeit vom Statistischen Bundesamt für die aus Amtsquellen stammenden Variablen eine grobe Klassifikation nach der Größe der darin enthaltenen Meßfehler geliefert worden ist. *Weiss* schätzt aber auch die Fehlervarianzen nach dem Verfahren von *Langaskens* und *van Rijckeghem* durch Vergleich von erstveröffentlichten mit später revidierten Daten. Erwähnt sei, daß dieses Verfahren nur eine untere Schranke für die Fehlervarianz liefert.

Vergleicht man die für Meßfehler unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher stochastischer Struktur in dieser Arbeit gewonnenen Resultate, so sind bemerkenswert differenzierte Auswirkungen auf die Verteilung der Schätz- und Prognosewerte festzustellen. Ein Resultat ist, daß fehlspezifizierte Meßfehlerprozesse die Aussagen ökonomischer Modelle erheblich verfälschen können. Daraus ist die Empfehlung abzuleiten, bei der Modellierung von Meßfehlerprozessen so viel Prior-Information über den Datengenerierungsprozeß wie möglich zu berücksichtigen. Ob dazu die in der BRD momentan verfügbaren Informationen über das Datenmaterial, speziell der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, zu einer vertretbaren Spezifikation hinreichen, muß stark angezweifelt werden.

Die Arbeit von *Weiss* bietet auch für den an numerischen Verfahren interessierten Ökonometriker einige neue Ergebnisse. Das untersuchte makroökonomische Modell

ist sowohl nicht-linear als auch interdependent. Für die Parameterschätzung solcher Modelle ist der nicht-lineare FIML-Schätzer wegen seiner asymptotischen Eigenschaften besonders interessant; er ist aber – auch bei Einsatz moderner Großrechner – sehr zeitaufwendig, besonders wenn man an die bei Monte-Carlo-Simulationen erforderlichen mehrfachen Repetitionen denken muß. *Weih's* hat daher einen stabilen und schnellen numerischen Algorithmus entwickelt, der im dritten Teil der Arbeit vorgestellt wird. Der Algorithmus ist in die neuere Algorithmenklasse der „trust-region-Methoden“ einzuordnen. Das Verfahren von *Weih's* zeichnet sich durch die Anwendung bestimmter Näherungen für den Gradienten und die Hesse-Matrix aus, wobei nach einem Switch-Kriterium während der Iteration von einer Approximation der Hesse-Matrix zu einer anderen gewechselt wird, was die Konvergenzrate beträchtlich steigert. Das Verfahren von *Weih's* ist zudem stabil gegenüber schlechter Skalierung und ungünstig gewählter Startwerte. Auch konvergiert es global, und diese Konvergenz ist in der Nähe des Optimums sehr schnell, nämlich superlinear.

Es bleibt abschließend festzustellen, daß diese Arbeit, die als Dissertation an der Universität Trier (Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften/Mathematik) entstanden und von Prof. *Krelle* (Bonn) mit betreut worden ist, eine in jeder Hinsicht lesenswerte Publikation ist.

H. Rinne, Gießen

*Dogramaci*, Ali / *Färe*, Rolf (Eds.): Applications of Modern Production Theory: Efficiency and Productivity. Kluwer Academic Publishers, Boston - Dordrecht - Lancaster 1988. 275 S. Dfl. 155,- / US\$ 59.95.

Dieses Buch ist Ronald William Shephard gewidmet, der 1953 das Konzept der Dualität von Produktion und Kosten einführte. Die Erkenntnis, daß die Produktionstechnik entweder im Faktorraum (primal) oder im Preisraum (dual) modelliert werden kann, führte zu einer Welle von neuen Erkenntnissen in der Mikroökonomik und zu einem Boom in der angewandten Ökonometrie. Die Bedeutung von Shephard's Beitrag zur Produktionstheorie ist gleichzusetzen mit von Neumann's Aktivitätsanalyse und Dantzig's linearem Programmierungsansatz.

Der Sammelband mit elf Beiträgen ist der neunte in einer Reihe „Studies in Productivity Analysis“, die sich alle durch die Qualität ihrer Beiträge auszeichnen. Die Autoren dieses und der übrigen Sammelbände treffen sich einmal im Jahr zu einer Tagung an der Rutgers University, New Jersey, USA. 1988 haben sie eine neue Zeitschrift gegründet, das Journal of Productivity Analysis.

Der vorliegende Band enthält zwei Übersichtsartikel zur modernen Produktionstheorie, dann in einem zweiten Teil sechs empirische Studien auf der Basis „measurement with theory“ und im 3. Teil drei theoretische Arbeiten über Produktivität und Effizienz. Im ersten Beitrag vergleichen *K. Lovell* und *P. Schmidt* alternative Ansätze zur Messung der produktiven Effizienz. Aus einer Reihe von Gründen interessiert die Differenz von beobachteten Werten zu ihren Werten auf Transformations- oder Kostenkurven, da eine solche Differenz ein Maß für die primale oder duale Effizienz der Firma abgibt. So nimmt man bei der Produktivitätsmessung nach Solow's Residualmethode immer an, daß technisch effizient produziert wird, also auf dem Rand der Produktionsfunktion. Läßt man diese Annahme fallen, dann läßt sich die Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität in eine Rate der technischen Änderung und in eine Rate der Effizienzänderung zerlegen. Beobachtetes Wachstum des Outputs kann dann einer Bewegung auf einem Pfad auf oder unterhalb des Produktionsgebirges

zugeschrieben werden (Wachstum der Inputs), einer Bewegung in Richtung oder weg vom Produktionsgebirge (Wachstum der Effizienz), und einer Verschiebung des Produktionsgebirges (technischer Fortschritt). Die Unterscheidung zwischen Wachstum der Effizienz oder technischem Fortschritt ist wichtig, denn beides sind völlig verschiedene Phänomene mit unterschiedlichen Ursachen, so daß unterschiedliche politische Maßnahmen erforderlich sind, um ihnen zu begegnen. *Lovell* und *Schmidt* stellen vier Methoden vor, um produktive Effizienz zu messen. Deren wichtigster Unterschied besteht in der Art und Weise, wie die Gestalt der Ränder der Kurven zu bestimmen sind und wie die Abweichungen vom Rand zu interpretieren sind. Die Fragestellung ist einfach, doch leider gibt es drei Arten von technischer Effizienz, drei Arten von allokativer Effizienz, sowie Gewinn-, Kosten- und Erlöseffizienz (duale Seite). Von den vier Methoden basiert eine auf einer Folge von linearen Programmen zur Konstruktion einer Transformationskurve, eine zweite Variante tut dies parametrisch, eine dritte verwendet statistische Techniken, um duale und primale Effizienz relativ zur geschätzten Transformationskurve angeben zu können; und die vierte schließlich ist stochastisch-statistisch.

*Banker, Charnes, Cooper* und *Maindiratta* legen in ihrem Beitrag die Vorteile der „data envelopment analysis“ (DEA) dar. Sie ist ein neuer Ansatz, um relative Effizienzen der Entscheidungseinheiten zu messen, wobei die Schätzung von Produktionskurven umgangen wird. Geschätzte Produktionscharakteristiken wie Substitutionsraten, Skalenerträge oder Effizienzmaße beziehen sich auf das effiziente Produktionsgebirge und nicht auf das durchschnittliche Produktionsgebirge wie etwa bei der Regressionstechnik. Die Autoren berichten von einer Simulationsstudie, bei der die DEA verwendet wurde, um eine Transformationskurve mittels Input- und Outputdaten zu schätzen, welche als Zufallsvariable über eine bekannte Technologie erzeugt wurden. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die nichtparametrische DEA-Methode zu besseren Ergebnissen (Effizienzgrößen, Skalenerträge, Substitutionsraten) führt als die parametrische Translog-Schätzung (ohne Kostenanteile). Selbst wenn dies im Falle eines Outputs und zweier Inputs so sein sollte, so sind mir Firmenmodelle mit Preisen und Nachfragefunktionen doch lieber als Modelle, die nur die Produktionskorrespondenzen einbeziehen und in denen Preise nicht vorkommen.

Der empirische Teil beginnt mit einer Arbeit von *J. van den Broeck*, in der die stochastische Produktionseffizienz für 14 belgische Industrien gemessen wird. Es wird eine Erklärung der Effizienzunterschiede angestrebt mit dem Ziel, die Produktivität durch Reduktion des Einsatzes ineffizienter Produktionsfaktoren zu steigern. Ferner wird eine Beziehung zwischen Ineffizienz und Firmengröße überprüft (eventuelle X-Ineffizienz). Das Ergebnis war, daß die Effizienz mit der Firmengröße anstieg.

*L. F. Wong* und *V. Ruttan* erforschen die Ursachen der Unterschiede im landwirtschaftlichen Produktivitätswachstum in neun sozialistischen Ländern. Die Methode ist deskriptiv und untersucht Zusammenhänge zwischen Land- und Arbeitsproduktivität und Düngemittleinsatz in mehr oder weniger zentralisierten Staaten.

*M. Denny* und *A. de Fontenay* messen Produktivitätsunterschiede zwischen drei kanadischen Firmen der Telekommunikation. Die Produktivitätsunterschiede geben an, wieviel mehr an Ressourcen in einer Firma im Vergleich zu einer anderen erforderlich sind, um einen gegebenen Output zu produzieren. In dieser Arbeit wird auch der Effekt des Produktivitätswachstums auf Preise und Gewinn dieser drei Firmen quantifiziert. Derartige Untersuchungen sind wichtig, um der Regulierungsbehörde und dem Management die Bedeutung des Produktivitätswachstums zu verdeutlichen.

Der Deregulierung der U.S. Luftverkehrsindustrie ging die Mutmaßung voraus, daß Ineffizienzen vorherrschen. *R. Sickles* untersucht anhand eines ökonometrischen



Modells mit einer Kostenfunktion vom verallgemeinerten Leontief Typ, ob im Zeitraum vor der Deregulierung (bis 1978) Ineffizienzen vorlagen im Sinne einer Unterproduktion von Output und einem übermäßigen Einsatz von Faktoren. Sickles fand signifikante allokativen Ineffizienzen von 1970 bis 1978. Ihr eventueller Abbau nach der Deregulierung wurde noch nicht untersucht.

Fragen des Zusammenhanges zwischen Kapazitätsauslastung und Produktivitätswachstum werden von *C. J. Morrison* untersucht. Im Mittelpunkt steht die theoretische Fundierung des vorgeschlagenen Maßes der Kapazitätsauslastung. Man erhält es, indem man eine geschätzte Durchschnittskostenkurve nach dem Output differenziert, gleich Null setzt, und die Bedingung nach dem Output auflöst, der das Minimum der Durchschnittskostenkurve angibt. Beobachteter Output dividiert durch diesen steady-state Output ergibt ein Maß der Kapazitätsauslastung, dessen Fundierung eleganter ist als alle bisher vorgeschlagenen Methoden der Messung eines Auslastungsgrades. Eine variable Kostenfunktion mit internen Anpassungskosten des quasi-fixen Kapitalstocks wird verwendet, um steady-state Werte für den Output und den Kapitalstock in der amerikanischen Automobilindustrie zu bestimmen.

*P. Chinloy* analysiert in seinem Beitrag den Einfluß der veränderten Zusammensetzung der Erwerbepersonen auf die Arbeitsproduktivität in Kanada (1971 - 1979). Ergebnisse dieser Untersuchung sind, daß der Einfluß der Ausbildung auf die Arbeitsproduktivität schwächer geworden ist und daß der gestiegene Anteil von Frauen und Jugendlichen an den Erwerbepersonen keinen Einfluß auf die Arbeitsproduktivität hatte.

*R. Färe* und *S. Grosskopf* verwenden die Methode der linearen Programmierung, um Effizienzen mittels Schattenpreisen zu messen. Dabei werden beobachtete Faktorpreise mit ihren optimalen Schattenpreisen verglichen. Eine derartige Effizienzmessung eignet sich für zentral geplante Volkswirtschaften oder für regulierte Betriebe.

In den letzten beiden Beiträgen untersucht *K.-T. Mak* die Struktur der Homothetie in allgemeinen Produktionskorrespondenzen und *S. N. Afriat* gibt eine zusammenfassende Darstellung des Begriffs der Effizienz in Produktion und Konsum.

Selbstverständlich erwartet man beim Lesen von Sammelbänden nicht, etwas völlig Neues zu finden. Alle Arbeiten basieren auf früheren Artikeln, die jedoch alle in renommierten Zeitschriften erschienen sind. Oft werden neue Datensätze verwendet, manchmal Theoreme verallgemeinert und meist werden Aussagen präzisiert und zu anderen Ergebnissen in Beziehung gesetzt. Das Buch ist gut und lesenswert, wie übrigens jedes der neun Bände aus dieser Serie.

K. Conrad, Mannheim

*Lamszus, Hellmut / Sanmann, Horst* (Hrsg.): Neue Technologien, Arbeitsmarkt und Berufsqualifikation. Verlag Haupt, Bern - Stuttgart 1987. 338 S. DM 58,-.

Der von dem Berufs- und Betriebspädagogen *H. Lamszus* und dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker *H. Sanmann* herausgegebene Sammelband enthält die Veröffentlichungen der (überarbeiteten) Referate einer Vortragsreihe, die im ersten Halbjahr 1986 an der Universität der Bundeswehr Hamburg unter der Leitung der Herausgeber stattfand. Dem Klappentext des Sammelbandes folgend bestand die Aufgabe darin, einen Überblick über die Auswirkungen der Neuen Technologien auf den Arbeitsmarkt und die Berufsbildung zu vermitteln, wobei unter „Neue Technologien“ alle auf der Anwendung der Mikroelektronik beruhenden Techniken verstanden werden.

Zu zwei entsprechenden Themenkomplexen (Neue Technologien, Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung bzw. Neue Technologien und berufliche Qualifikation) sind die insgesamt 13 Beiträge zusammengefaßt worden.

Im ersten, ein wenig gedrängten Beitrag beschäftigt *W. Michalski* aus der Sicht des OECD-Planungsstabes die Frage nach der Bedeutung des technischen Fortschritts für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Wenig Verwunderung dürfte die Antwort auslösen, daß zwischen technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum eine positive Beziehung besteht. Um so erstaunlicher wirkt die Feststellung, daß technischer Fortschritt zumindest längerfristig mit einer Erhöhung der Beschäftigung einhergeht. Erstaunlich ist auch die Begründung: Technischer Fortschritt führt zu Produktivitätssteigerungen, die ihrerseits von Produktionssteigerungen noch übertroffen werden. Abgesehen vom tautologischen Anstrich einer solchen Argumentation offenbart sie aber vor allem die gewünschte politische Implikation: Wachstumspolitik als Beschäftigungspolitik. Das aktuelle Problem der Arbeitslosigkeit erscheint als allgemeines Wachstumsproblem, vielleicht noch als spezielles Problem einer nicht wachstumsgerechten Berufs- und Qualifikationsstruktur. Der kritische Leser hätte sich gewünscht, wenn auch der Frage nach den Früchten des technischen Fortschritts in Form von Freizeitgewinnen nachgegangen worden wäre, Früchte allerdings, die denjenigen bitter schmecken müssen, die zu ihrem Genuß gezwungen werden. Unter diesem Blickwinkel hätten sich andere (und wohl auch realistischere) politische Implikationen ergeben. Interessant wäre auch die Frage gewesen, wie hoch denn ein Wachstumsprozeß zahlenmäßig ausfallen müßte, damit er einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems zu leisten vermag, und welche externen Effekte (z. B. in Form einer Umweltdegradierung) dabei auftreten würden. Eine Antwort hätte ebenfalls das Unrealistische in der Wachstumsstrategie gezeigt. So aber stellt der Beitrag von *W. Michalski* leider nur eine übersichtliche Zusammenfassung des Gängigen dar.

In einem Überblicksartikel fragt *W. Dostal* vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) nach den Wechselwirkungen zwischen veränderter Technik durch Neue Technologien und veränderter Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Sein Fazit lautet, daß eindeutige Aussagen nicht möglich sind, vor allem aufgrund mangelhafter interdisziplinärer Arbeit. Die bisherigen Forschungsergebnisse der technikbezogenen Arbeitsmarktforschung werden übersichtlich dargestellt. Sie betreffen den Zusammenhang zwischen sektoralem Strukturwandel und Beschäftigung, die Beschäftigungswirkungen von computerorientierten Techniken und die qualitative Betroffenheit am Arbeitsplatz. Die zum Schluß aufgezeigten Zukunftstendenzen bezüglich der Gesamtbeschäftigung und der Veränderung der Erwerbsarbeit sind zwangsläufig sehr vage. Bemerkenswert aber erscheint die klare Aussage (S. 51), „... daß es das Hauptziel der Technik nicht ist, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern bestimmte Leistungen zu erbringen, die zum Teil Leistungen sind, die vormals von Menschen erbracht worden sind“. Dieser Gedanke zu Ende gedacht muß zu einer Schlußfolgerung führen, wie sie schon zum Beitrag von *W. Michalski* angemerkt wurde, daß nämlich zumindest die durch technischen Fortschritt induzierten Formen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit aus gesamtwirtschaftlicher Sicht im Kern als Arbeitserleichterungen und Freizeitgewinne anzusehen sind, deren Negativbewertung allein aus einem Verteilungsproblem resultiert.

*H. Markmann* analysiert in seinem Beitrag den Zusammenhang zwischen Technischem Wandel und Beschäftigung aus der Sicht der Gewerkschaften. In den positiven und negativen Seiten Neuer Techniken wird ein Dilemma für die Arbeitnehmer gesehen, das die Gewerkschaften in ihrer Interessenvertretung zwangsläufig zu einer gestalterischen Defensivhaltung und zu einer stärkeren Betonung ihrer klassischen

Schutzfunktion geführt hat. Letztlich geht es für Gewerkschaften darum zu verhindern, daß Neue Techniken (wieder einmal) als Macht- und Herrschaftsinstrument mißbraucht werden. Ein solcher Mißbrauch aber ist angesichts einer zunehmenden technologischen Arbeitslosigkeit (S. 59) zu vermuten, denn „für die Gewerkschaften hat die Selbstverwirklichung des Menschen durch Arbeit höchste Priorität“ (S. 72). Nach *Markmann* steht diese Wertvorstellung im Einklang mit der der christlichen Kirchen, die aus sozialetischer Sicht in Arbeit mehr als nur einen Produktionsfaktor, d. h. mehr als nur eine ökonomisch verwertbare und bewertbare Tätigkeit im menschlichen Leben sehen. Daraus wird die gewerkschaftliche Forderung nach Sozialverträglichkeit der Technik abgeleitet, wobei unter Sozialverträglichkeit die Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Wertstrukturen und eine demokratische Konfliktbewältigung verstanden werden. Sicherlich ist eine solche Gedankenführung zu begrüßen, da sie (wie überhaupt der gesamte Beitrag) sich positiv von der vielfach geübten Oberflächlichkeit unterscheidet. Dennoch entsteht der Eindruck, daß auch *Markmann* nicht konsequent zu Ende denkt oder aus der Sicht der Gewerkschaften es auch nicht will oder kann, eine Konsequenz, vor der z. B. die katholische Soziallehre und dabei insbesondere *O. v. Nell-Breuning* nicht scheuen. Folgende Fragen sind zu stellen: Sind nicht die gegenwärtig immer noch bestehenden Wertstrukturen der Gesellschaft primär güterbezogen? Ist daher nicht auch der Leistungsbegriff und damit wiederum die Arbeitsleistung primär güterbezogen? Wundert es aus dieser Sicht, daß der Arbeitslose minderwertig ist, weil er nichts leistet? Läuft angesichts einer derartigen gesellschaftlichen Wertstruktur die gewerkschaftliche Forderung nach Sozialverträglichkeit der Technik nicht Gefahr, einseitig ökonomisch und eben doch nicht ganzheitlich ausgerichtet zu sein? Könnte es für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nicht lohnender (im Sinne einer Bewältigung des Arbeitslosigkeitsproblems) sein, wieder ihre gestalterischen Funktionen zu betonen und ihren Blick auf die Wertstrukturen zu richten? Immerhin kommt *Markmann* mit seinem Beitrag das Verdienst zu, solche oder ähnliche Fragen beim Leser anzuregen.

Die zuvor geäußerte Vermutung über die einseitig ökonomische Ausrichtung der gesellschaftlichen Wertstrukturen findet der Leser eindrucksvoll gleich zu Beginn des Beitrages von *F.-H. Himmelreich* bestätigt, der sich mit den Auswirkungen der neuen Technologien auf den Arbeitsmarkt aus der Sicht der Arbeitgeberverbände beschäftigt. „Die Nutzung des technischen Fortschritts ist Voraussetzung für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und eine wesentliche Quelle für wirtschaftliches Wachstum. Sie ist zugleich auch Teil der industriellen Zivilisation der Bundesrepublik Deutschland und die materielle Basis zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse“ (S. 81). Nach dieser einführenden Grundaussage sind die Antworten vorprogrammiert. Auf die Frage nach der Bedeutung des technischen Fortschritts für das Problem der Arbeitslosigkeit erhält der Leser die bündige Antwort: „Arbeitslosigkeit ist nicht die Folge von zu viel, sondern eher von zu wenig technischem Fortschritt“ (S. 89). Als Begründung wird parallel zu dem Beitrag von *W. Michalski* wiederum der anscheinend gesicherte positive Zusammenhang zwischen dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität und dem Zuwachs an Arbeitsplätzen bemüht. Da dieser Zusammenhang unter den gegebenen Bedingungen (z. B. bei gegebener Arbeitszeit pro Kopf) einen bestimmten positiven Zusammenhang zwischen Produktivitäts- und Produktionsentwicklung voraussetzt, wundert die Beschäftigungstherapie nicht: „Hauptweg zur Bewältigung der quantitativen beschäftigungspolitischen Herausforderung des technischen Wandels: Stärkung des Wirtschaftswachstums“ (S. 91). Nahezu deckungsgleich mit *Michalski* lautet also wieder das Credo: Wachstumspolitik als Beschäftigungspolitik, Flankierung durch eine wachstumsgerechte Berufs- und Qualifikationsstruktur. Neu, aber auch nicht verwunderlich ist die zusätzliche Forderung nach einem marktgerechten Lohnniveau und Arbeitsrecht. Verwunderung

dürften dagegen beim Leser einige offenkundige Widersprüche und Einseitigkeiten in der Argumentation auslösen. So könnte z. B. gefragt werden, ob die relativ geringen Produktionssteigerungen der letzten Jahre nicht Anzeichen für das Erreichen eines materiellen Sättigungsniveaus sein können, das sich nur noch unter einem enormen Einsatz an Ressourcen und unter Inkaufnahme hoher sozialer Kosten steigern ließe. Warum fällt es so schwer, bei allen Problemlösungskonzepten und auch bei der Frage nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts einmal von Nullwachstum auszugehen? Wäre es nicht besser, sich von positiven Wachstumsraten „überraschen“ zu lassen, statt sie zwanghaft herbeireden zu wollen? Wie sind die Forderung nach einem marktgerechten, d. h. doch wohl niedrigeren Lohnniveau zwecks Steigerung der Arbeitsintensität einerseits und das Plädoyer für technischen Fortschritt andererseits in Einklang zu bringen? Wenn nur der sog. autonome technische Fortschritt gemeint ist (S. 92), wie läßt er sich ermitteln und soll also doch auf andere Formen des technischen Fortschritts verzichtet werden? Insgesamt läßt die Argumentation von *Himmelreich* in besonderem Maße das konzeptionell Neue selbst in Ansätzen vermissen.

*H.-J. Rösner*, Hochschulassistent im Institut für Wirtschaftspolitik der Universität der Bundeswehr Hamburg und Mitorganisator der gesamten Vortragsreihe, fragt in seinem Beitrag nach den Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsformen, die sich durch den Einsatz der Neuen Technologien in der Mikroelektronik herausbilden. Seine Ausgangsthese lautet, daß der Einsatz der Neuen Technologien das insgesamt nachgefragte Arbeitsvolumen (gemeint ist wohl das zeitbezogene) nicht steigern dürfte und daher die Chancen und Risiken eher in der interpersonalen Verteilung und Qualität der neuen Beschäftigungsverhältnisse zu suchen sind. Chancen werden insbesondere in der Ausdehnung der Handlungsspielräume bei den Beschäftigten durch ihre räumliche und zeitliche Entkopplung vom Produktionsablauf gesehen. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß Arbeitslose ihre Handlungsautonomie zurückgewinnen, wenn Arbeitszeitverkürzungen zu positiven Beschäftigungseffekten in Form von Neueinstellungen führen. Mit Risiken ist vor allem dort zu rechnen, wo die an sich notwendige Arbeitsflexibilisierung zu einer zunehmenden Arbeitssegmentierung, d. h. zu einer Ausdehnung der sog. Beschäftigungsrandgruppen führt, die im Gegensatz zu den Stammebelegschaften über keine feste betriebliche Bindung und Integration verfügen. *Rösner* unterscheidet 5 Typen solcher Randgruppen und sieht in ihnen eine zunehmende Individualisierung des Arbeitsmarktes. Von ihnen gehen insofern Risiken aus, als sie zum einen nicht in das bestehende System der Sozialen Sicherung passen und (insbesondere in der Krankenversicherung) zu einer höheren finanziellen Belastung führen dürften. Zum anderen entsprechen die Arbeitsverhältnisse dieser Randgruppen nicht dem Bild vom gewerkschaftlichen „Normalarbeitsverhältnis“, mit der Konsequenz, daß sie auf gewerkschaftlichen Schutz vor der Arbeitgeberseite nicht hoffen dürfen und in ihnen vielmehr eine Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht gesehen wird. Auf eine Kurzformel gebracht lautet damit (wieder einmal) das Dilemma: individueller Handlungsspielraum oder kollektive Sicherheit. *Rösner* schlägt als Lösung einen Mittelweg vor: stärkere individuelle Arbeitsgestaltung mit größeren sozialen Risiken einerseits und Flexibilisierung der arbeits- und sozialrechtlichen, wie auch der tarifvertraglichen Rahmenbedingungen in Richtung auf die neuen Beschäftigungsformen andererseits. Insgesamt überzeugt der Beitrag von *Rösner* durch seine fundierte und ausgewogene Argumentation und wirkt durch die Vermeidung von klischeehaft Gängigem wohlthuend.

Den Abschluß des ersten Themenbereichs bilden die Überlegungen von *H. Sanmann*, dem Mitveranstalter und -leiter der Vortragsreihe, zu den Wirkungen Neuer Technologien auf das System der Sozialen Sicherung, Überlegungen, die unmittelbar und vertiefend an den Beitrag seines wissenschaftlichen Mitarbeiters *Rösner* anknüpfen.

fen. Betrachtet wird das Teilsystem der Sozialversicherung, da nur bei ihr Probleme durch neue Technologien auftreten können. Der Kern dieser Probleme liegt im Unterschied zwischen Privat- und Sozialversicherung. Zur Konkretisierung und Verdeutlichung bedient sich *Sanmann* eines Gleichungssystems, mit dem die Komponenten der Einnahmen- und Ausgabenseite in der Sozialversicherung offengelegt werden. Es wird gezeigt, daß unter der realistischen Annahme einer Steigerung des Durchschnittslohns aufgrund eines steigenden Durchschnittslohnsatzes und einer sinkenden Durchschnittsarbeitszeit die Entwicklung der Einnahmen von der Beschäftigtenentwicklung abhängt. Eine z.B. sinkende Beschäftigtenzahl muß jedoch nicht zwangsläufig zu sinkenden Einnahmen führen. Das Ausmaß und damit die Wirkung auf die Lohnsumme sind entscheidend. Eindeutiger ist dagegen der Zusammenhang zwischen Ausgabenentwicklung und Beschäftigtenentwicklung. Insgesamt ist demnach die Frage ausschlaggebend, welche Beschäftigtenentwicklung durch die Einführung Neuer Technologien hervorgerufen wird. Bei der Antwort auf diese zentrale Frage ist *Sanmann* zurückhaltend, stellt die Freisetzungs- und Kompensationseffekte bei den Arbeitskräften gegenüber und wägt vorsichtig ab, im Gegensatz zu der bereits zitierten apodiktischen Feststellung in dem Beitrag von *Himmelreich*. Letztlich werden negative Wirkungen auf die Sozialversicherungshaushalte durch die Einführung Neuer Technologien nur bei der Arbeitslosenversicherung für möglich, aber auch nicht für sicher gehalten. Grundsätzlich und wichtiger erscheint *Sanmann* die Frage, ob die Durchsetzung Neuer Technologien politisch gefördert oder gebremst werden soll. Zwangsläufig hängt die Antwort auf diese Frage von der Präferenzstruktur des Antwortenden und seiner Gewichtung von materiellem versus immateriellem Wertebereich ab. *Sanmann* setzt dabei den Akzent auf die Verbesserung der Güterversorgung und antwortet entsprechend.

Der zweite Teil des Sammelbandes, der dem Themenkomplex „Neue Technologien und berufliche Qualifikation“ gewidmet ist, wird durch einen Überblicksartikel von *F. Stooss* vom IAB in Nürnberg eingeleitet. Drei Hypothesen werden überzeugend belegt. Eine IAB/Prognos-Projektion 1985/1986 auf der Basis von drei Szenarien macht zum einen deutlich, daß der Einfluß Neuer Technologien auf Entstehung und Verwertung beruflicher Qualifikationen von zahlreichen Faktoren mitbestimmt wird, zu denen insbes. auch sozio-ökonomische Einflüsse zählen. Erst aus dem wechselseitigen Gesamtzusammenhang aller Einflüsse lassen sich Aussagen über künftige Qualifikationsanforderungen gewinnen. *Stooss* erwartet in der Zukunft insgesamt höhere Qualifikationsanforderungen, eine stärkere Nutzung intellektueller Fähigkeiten, die Basisqualifizierung in der Erstausbildung und die Qualifikationsvertiefung am Arbeitsplatz, sowie einen entsprechenden Wandel im Personalmanagement. Diese Aussagen begründen die zweite Hypothese, daß durch Neue Technologien die Balance zwischen Berufsbildung und Arbeitsplatzstruktur gestört wird, d. h. Ausbildungsinhalte werden zunehmend weniger mit den Inhalten der Erwerbsarbeit harmonisieren. Damit aber wird der Beruf als Kombination zwischen Erwerbsarbeit, Qualifikation und Sicherung im sozialen System seines wesentlichen Inhalts beraubt und es bleibt zu fragen, ob in der getroffenen Aussage nicht auch eine Zunahme sozialer Konflikte vorprogrammiert ist. Dies gilt letztlich auch für *Stooss's* dritte Hypothese, daß der Weg zu einer stabilen Berufsposition künftig länger werden dürfte, da traditionelle Stabilisatoren wie z.B. die berufliche Routine, Berufserfahrung oder langjährige Betriebszugehörigkeit durch den Einsatz Neuer Technologien an Gewicht verlieren.

*R. Schulz*, Inhaber eines Lehrstuhls für Personalwesen am pädagogischen Fachbereich der Universität der Bundeswehr Hamburg, beleuchtet Aspekte betrieblicher Personalpolitik und -führung vor dem Hintergrund veränderter Produktions- und Marktbedingungen. Die Ziele der Personalpolitik und Personalführung werden in der

Sicherung einer möglichst hohen ökonomischen und sozialen Effizienz für das Unternehmen gesehen, für deren Realisierung sich durch die Einführung Neuer Technologien veränderte Anforderungen ergeben. Veränderungen treten bei den Produktionsbedingungen durch den Übergang von der Massenproduktion zu einer höheren Produkt(ions)vielfalt und bei den Marktbedingungen durch eine zunehmende Marktsättigung auf. Schulz kommt zu dem (nicht gerade überraschenden) Schluß, daß bei der Bewältigung der Anforderungen die Bestgestaltung der betrieblichen Sozialbeziehungen an Gewicht gewinnen dürfte. Zu einseitig und oberflächlich wird allerdings der Frage nachgegangen, welche Beziehungen zwischen ökonomischer und sozialer Effizienz bestehen können, und wie insbesondere mögliche Konfliktbeziehungen zu lösen sind. Es entsteht vielmehr der Eindruck (S. 187), daß die Sozialbeziehungen nur modal in Richtung auf die ökonomische Leistungserstellung und -verwertung interpretiert und damit letztlich doch nicht ganz ernst genommen werden. Und das zum Schluß als Beleg herangezogene Zitat von *W. Engels* aus der „Wirtschaftswoche“, daß Unternehmen der Vergangenheit eher einer Armee glichen, Unternehmen der Zukunft aber eher einer Kirche ähneln, dürfte beim Leser eher neue kritische Fragen wecken als überzeugend wirken.

*A. Chaberny* vom IAB untersucht in ihrem Beitrag die Herausforderung an die Berufsausbildung aufgrund Neuer Technologien. Anhand umfangreicher empirischer Ergebnisse aus dem IAB bestätigt und vertieft sie im wesentlichen die bereits von ihrem Kollegen *Stooss* im Überblick getroffenen Aussagen. Von der Berufsausbildung wird angesichts Neuer Technologien eine ausreichende Vorbereitung auf die Berufsausübung und die Vermittlung von Grundlagen für die spätere Weiterbildung gefordert, d.h. der beruflichen Erstausbildung obliegt die Vermittlung von Basis- oder Schlüsselqualifikationen, die die Aneignung von wechselndem Spezialwissen am Arbeitsplatz und vor allem die Anpassung an sich immer schneller verändernde Arbeitsaufgaben und -anforderungen erleichtern. Schlüsselqualifikationen werden in der Lernfähigkeit, im Denken in fachübergreifenden Zusammenhängen, im analytischen und dispositiven Denken, in der Kooperations- und Informationsverarbeitungsfähigkeit und in der Befähigung zum Umgang mit Informationstechniken gesehen. Auch wenn mit *Chaberny* die Vermittlung solcher Schlüsselqualifikationen eher eine Herausforderung an die Inhalte der bisherigen betrieblichen Berufsausbildung als an die Inhalte der bisherigen akademischen Bildung darstellt, so bleibt dennoch zu fragen, ob damit im akademischen Bereich der immer noch laute Ruf nach einem praxisorientierten Studium nicht leiser werden, zumindest aber eine andere Dimension erhalten sollte.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Vermittlung von Schlüsselqualifikationen beim „Humankapital“ angesichts Neuer Technologien sieht auch *P. Meyer-Dohm*, Leiter des Bildungswesens bei der Volkswagen (VW) AG. In seinem fundierten wie informativen Beitrag erläutert er Konzepte industrieller Aus-, Fort- und Weiterbildung am Beispiel von VW. Für die Großunternehmen der Automobilbranche wird mit Blick auf die zukünftige Qualifikationsstruktur vorhergesagt, daß der Facharbeiter mit einem ganzheitlichen Verständnis für den Produktionsprozeß und mit überwachenden, steuernden und kontrollierenden Tätigkeiten betraut an Bedeutung gewinnen, die Gruppenarbeit zunehmen und der Abbau von Fachhierarchien und der Aufbau von Führungshierarchien erforderlich sein wird. Um diesen künftigen Anforderungen gerecht werden zu können, muß nach *Meyer-Dohm* auch die Berufsbildung insgesamt ganzheitlicher ausgerichtet sein, d.h. neben der schon genannten Vermittlung von Schlüsselqualifikationen sollte die berufliche Bildung die berufliche Tätigkeit ständig begleiten („lebenslanges Lernen“) und die Gestaltungsfähigkeit und die Mitsprachekompetenz des einzelnen Mitarbeiters verstärken.

Im Gegensatz zu *Meyer-Dohm* reichert *H. Stempel*, Leiter des Bildungswesens bei den B. A. T. Cigarettenfabriken/Hamburg, seinen Beitrag zu Konzepten industrieller Aus- und Weiterbildung mit einer Fülle von Detailinformationen über das Bildungswesen seines Unternehmens an, ohne jedoch informativ zu wirken. Der Grund liegt darin, daß ein „roter Faden“ durch die Argumentation nicht sichtbar wird, begriffliche Abgrenzungen nicht oder zu undeutlich gegeben werden, Widersprüche auftauchen und auch die Zusammenfassung kein zusammenfassendes und damit vielleicht klärendes Bild vermittelt. Die gleich zu Beginn (S. 247) des Beitrages aus der „Unternehmenskultur“ der B. A. T. abgeleiteten drei übergeordneten Aufgaben des Bildungswesens, nämlich das Fördern der Leistungsfähigkeit, der Kommunikation und der Zusammenarbeit, klingen eher nichtssagend, zumal auch die folgenden Ausführungen die Beziehung zwischen den Aufgabengebieten (auf S. 252 kommt noch Innovation hinzu), ihren konkreten Inhalt und ihre Rangskala nicht aufhellen. Obwohl bei der Gliederung des Bildungswesens zwischen Bildungsförderung, Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung unterschieden wird, beziehen sich die Ausführungen fast ausschließlich auf die Fortbildung. Von ihr aber heißt es zuvor klar, daß sie positiv einwirken müsse auf: Leistungsfähigkeit, -bereitschaft und -möglichkeit der Mitarbeiter (S. 250). Überhaupt fällt auf, daß der Begriff „Leistung“ von *Stempel* weit häufiger verwendet wird als von *Meyer-Dohm*. Sollte darin auch eine unterschiedliche Bildungskonzeption zum Ausdruck kommen?

*J. Hogeфорster* zeigt in seinem Beitrag Konzepte und Wege der beruflichen Fortbildung im Handwerk unter besonderer Berücksichtigung des Handwerks in Hamburg auf. Es wird deutlich, daß das Handwerk bei der einhellig für die Zukunft geforderten stärkeren ganzheitlichen, systemorientierten Ausbildung für alle Berufssparten insofern komparative Vorteile besitzt, als im Handwerk ganzheitliche Arbeits- und Lebensformen in viel stärkerem Maße erhalten geblieben sind als in anderen Wirtschaftsbereichen. Daß diese traditionellen Vorteile keineswegs zu einem Stillstand in der handwerklichen Fortbildung geführt haben, sondern eher noch ausgebaut worden sind, zeigt *Hogeфорster* mit einem Überblick über die aktuellen Fortbildungskonzepte im Handwerk sehr eindrucksvoll. Ohne Übertreibung läßt sich behaupten, daß die dargestellte Vernetzung der Fortbildungsangebote im Handwerk Vorbildcharakter für andere Wirtschaftsbereiche erlangen könnte. Auch deswegen sollte dem Beitrag von *Hogeфорster* besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Den Abschluß des Sammelbandes bildet der Beitrag von *H. Lamszus*, der als Mitherausgeber zeichnet und Lehrstuhlinhaber im Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg ist. *Lamszus* untersucht die Bedeutung Neuer Technologien für die Didaktik und Curriculumentwicklung in der beruflichen Bildung. Er kommt zu dem überraschenden, aber letztlich doch überzeugenden Schluß, daß das Paradigma der klassischen Berufsbildungstheorie, nämlich die Einheit von Berufsbildung und Allgemeinbildung, im Zeichen Neuer Technologien keineswegs überholt ist, sondern eher (wenn auch in modifizierter Form) eine Renaissance erlebt. Der Grund liegt wiederum in der Notwendigkeit einer zukünftig stärkeren Betonung von Schlüsselqualifikationen, ein Gedanke, der sich wie ein Leitfaden durch nahezu sämtliche Beiträge zur Berufsbildung zieht.

Insgesamt muß der Sammelband als gelungener Versuch bezeichnet werden, einen informativen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Diskussion zum Thema Neue Technologien und ihren Einflüssen auf Arbeitsmarkt und Berufsqualifikation zu vermitteln. Selbst dort, wo Beiträge Kritik beim Leser hervorrufen dürften, bietet sich Gelegenheit, die eigene Position noch einmal zu überdenken.

E. von Knorring, Augsburg

*Mittag*, Hans-Joachim: Modifizierte Klein-Quadrate-Schätzung im Modell mit fehlerbehafteten Daten. Neue Ansätze bei bekannter Fehlervarianz (Mathematical Systems in Economics). Athenäum, Frankfurt a. M. 1987. 127 S. DM 38,-.

Das Anliegen des Autors ist die Verbreitung von Grundideen und Ergebnissen der „Endliche-Stichproben-Forschung“ (Finite Sample Research, kurz: FSR) unter ökonomischen Praktikern. Das einfache lineare Modell mit Fehlern in den Variablen, auf das der Titel des Buches verweist, ist als Demonstrationsobjekt ausgewählt worden, weil sich daran – so der Autor – in transparenter Weise die Methodik der analytischen FSR verdeutlichen läßt.

Für das ausgewählte Modell – eine Linearbeziehung zwischen zwei latenten Variablen, die beide behaftet mit normalverteilten Fehlern beobachtet werden – untersucht der Verfasser verschiedene Varianten. Einmal wird unterschieden, ob für die Meßfehler der beiden latenten Variablen stochastische Unabhängigkeit angenommen oder Abhängigkeit zugelassen wird. Zum anderen wird bezüglich der latenten exogenen Variablen neben der „Funktionalvariante“, bei der die latente exogene Variable nichtstochastisch ist, auch die „Strukturvariante“ betrachtet, bei der diese Variable normalverteilt ist. Für jede der vier resultierenden Modellvarianten und damit erstmals auch für die Funktionalvariante mit abhängigen Meßfehlern, wird die exakte Dichtefunktion für die LS-Schätzfunktion hergeleitet.

Die Ableitung der exakten Dichtefunktion folgt jeweils dem gleichen Schema: Ausgehend von der Dichtefunktion einer Wishartverteilung für die empirische Momentenmatrix wird die gemeinsame Dichte für eine nichtlineare Transformation, die in einer Komponente aus der interessierenden Schätzfunktion besteht, abgeleitet; anschließend wird die Randdichte für die Schätzfunktion durch Integration über die restlichen Variablen berechnet. Wenn es denn an der Transparenz dieses Grundkonzepts fehlte, um der FSR den Eingang in die ökonomischen Lehrbücher und in die ökonomische Praxis zu eröffnen, dann hilft die vorliegende Darstellung diesem Mangel ab. Aber das Vermittlungsproblem ergibt sich wohl eher aus den Schwierigkeiten der Realisierung, wie schon anhand des betrachteten einfachen Modells deutlich wird.

Die Ableitung der exakten Dichte der LS-Schätzfunktion schafft die Grundlage für die Untersuchung der Fragen, die für die Anwendung des ökonomischen Modells unmittelbar relevant sind: Wie gut ist die Approximation durch asymptotische Resultate für kleine Stichproben? Welche Verbesserungsmöglichkeiten für Schätzung und Tests liefert die FSR? In der vorliegenden Arbeit werden für das betrachtete Modell zunächst die exakte Verzerrung, die exakte Varianz und der exakte MSE der LS-Schätzfunktion in ihrer Abhängigkeit von der relativen Fehlervarianz (bezogen auf die Varianz der latenten Variablen) und vom Stichprobenumfang formal dargestellt. Für die Funktionalvariante mit unabhängigen Meßfehlern werden die Ergebnisse durch numerische Berechnungen und graphische Darstellungen verdeutlicht. Bei der Erstellung der Tabellen wird auf Algorithmen zur iterativen Berechnung der Kummer'schen Funktion, die in den exakten Ergebnissen eine zentrale Rolle spielt, zurückgegriffen.

Gerade im Hinblick auf das Ziel, die Methodik der FSR transparent zu machen, wäre hier der Vergleich mit den einfachen Approximationsergebnissen von Richardson und Wu sehr nützlich gewesen. Diese Approximationsergebnisse für die exakte relative Verzerrung und den MSE der LS-Schätzung, die von Richardson und Wu aus der exakten Dichtefunktion abgeleitet wurden, gibt der Autor im Anhang zwar an. Er nutzt die Abschätzungen aber lediglich für Grenzwertbetrachtungen, so daß deren Relevanz für endliche Stichproben nicht deutlich wird. Dabei hätte die Güte dieser



einfachen Approximationsergebnisse für kleine Stichproben eindrucksvoll illustriert werden können, denn die Approximationsergebnisse erreichen nach Richardson und Wu bereits ab  $T = 15$  (für die relative Verzerrung) bzw. ab  $T = 18$  (für die Varianz) die Genauigkeit der vom Verfasser mit Einsatz des Computers berechneten Tabellen.

Für das betrachtete Modell zeigen die vorliegenden Ergebnisse, daß schon ab etwa  $T = 30$  die asymptotische Verzerrung eine recht gute Näherung der exakten Verzerrung liefert. Dieses bedeutsame und für die ökonometrische Praxis erfreuliche Resultat der FSR begrenzt natürlich den Spielraum für die Verbesserung, die eine Korrektur der LS-Schätzung um die exakte Verzerrung gegenüber einer Korrektur um die asymptotische Verzerrung erreichen kann. Für das Modell in der Funktionalvariante mit unabhängigen Meßfehlern vergleicht der Verfasser verschiedene CLS („Corrected Least Squares“)-Schätzfunktionen mit einer Monte-Carlo-Studie und teilweise auch analytisch. Die Konstruktion der betrachteten Schätzfunktionen setzt – bei bekannter Fehlervarianz – an der Korrektur der asymptotischen bzw. der exakten Verzerrung an, wobei der exakt korrigierte Schätzer kleiner ist und damit auch eine kleinere Varianz hat.

Unverständlich ist die Einordnung der auf Fuller zurückgehenden Schätzfunktion ACLS-32 in die Gruppe der Verfahren, die „lediglich unerwünschte asymptotische Eigenschaften der LS-Schätzung beheben“ (S. 8). Offensichtlich enthält diese Schätzfunktion bereits eine Kleine-Stichproben-Korrektur und der Verfasser weist auch selbst darauf hin, daß ACLS-32 die exakte Verzerrung gemäß einer Approximation minimiert (S. 56, S. 89). Anscheinend läßt er jedoch diese Korrektur der exakten Verzerrung aufgrund einer Approximation nicht gelten und unterzieht die Schätzfunktion ACLS-32 der gleichen Modifikation, die auf die asymptotisch begründeten CLS-Schätzer angewandt wurde. Die resultierende Schätzfunktion FCLS-32 wird zwar komplizierter, „exakter“ im Sinn der FSR wird sie nicht. Die Ergebnisse der Simulationsstudie zeigen denn auch, daß diese vorgeschlagene Modifikation zu einer stärkeren Verzerrung führt (Tabelle A3). Die geringfügige, nicht eindeutige Überlegenheit bezüglich des MSE-Kriteriums, auf das sich der Verfasser zwar nicht bei der Konstruktion aber bei der Beurteilung der verschiedenen Schätzfunktionen bezieht, ergibt sich offensichtlich allein aus der Varianzreduktion, die mit der Verkleinerung des Schätzers einhergeht.

Die Praxisrelevanz einfacher und tragfähiger Approximationsergebnisse der FSR, die anhand des ausgewählten Modells hätte gut illustriert werden können, wird in dem vorliegenden Buch leider nicht deutlich. Nach einer übersichtlichen und sorgfältigen Darstellung der einzelnen Schritte und Schwierigkeiten bei der Ableitung der exakten Dichtefunktion demonstriert der Verfasser die Möglichkeit, auch schwieriger handhabbare mathematische Funktionen zur Konstruktion von Schätzverfahren in die ökonometrische Praxis einzubringen. Die Notwendigkeit dazu kann für das ausgewählte Modell jedoch angesichts der bekannten Approximationsformeln nicht überzeugend dargelegt werden.

R. Friedmann, Bielefeld

Vasko, Tibor (Ed.): *The Long-Wave Debate. Proceedings of an IIASA (International Institute for Applied Systems Analysis). International Meeting on Long-Term Fluctuations in Economic Growth: Their Causes and Consequences, Held in Weimar, GDR, June 10 - 14, 1985.* Springer, Berlin u. a. 1987. 450 S. DM 148,-.

Die Beschäftigung mit „langen Wellen“ hat Konjunktur. Außer dem hier zu besprechenden Konferenzband, sind im letzten Jahr wenigstens 2 Monographien zum Thema erschienen<sup>1</sup>. Dies ist insofern verwunderlich, als die statistische Basis für das Phänomen der „langen Wellen“ ja überaus dürftig ist. Das Thema hat sich inzwischen verselbständigt. Über „lange Wellen“ darf spekuliert werden, ob sie sich nun empirisch nachweisen lassen oder nicht. Diese Einstellung wird sicherlich dadurch erleichtert, daß die zeitreihenanalytischen Arbeiten, die auf Slutski-Effekte verweisen, um die langen Wellen in den Arbeiten von Kondratieff zu erklären, technisch teilweise so aufwendig sind, daß man mit Schulterzucken und einem abweisend gemurmelt „Statistik“ darüber hinweggehen zu können meint.

Auch im vorliegenden Konferenzband läßt sich diese Haltung nachweisen. Nur in einem einzigen von den insgesamt 30 Kapiteln wird dem Phänomen der Kondratieff-Zyklen mit modernem zeitreihenanalytischen Rüstzeug nachgespürt (*R. Metz, Kondratieff and the Theory of Linear Filters*, Kapitel 28). Das Resultat des Autors ist (nicht überraschend) negativ: „The maximum cycle length, which Kondratieff fixed to 60 years, cannot be confirmed by our calculations.“ (S. 403). Dieses Kapitel fällt insofern positiv auf, als nur hier die Probleme der Zeitreihenanalyse adäquat angegangen werden. In vielen anderen Kapiteln des Bandes wird Zeitreihenanalyse nebenbei und ganz naiv betrieben, so als seien methodische Kenntnisse für dieses Geschäft nicht erforderlich. Bezeichnenderweise wurde dieser Aufsatz nahe ans Ende der Sammlung gerückt, wohl um dem spekulativen Denken in einigen der vorstehenden Kapiteln den Boden nicht zu entziehen (siehe z. B. die Kapitel 5 und 7, deren Autoren, *T. Kuczynski* bzw. *S. Menshikov*, „draw upon the writings of Karl Marx and his ideas on the nature of long-term fluctuations“, S. 67).

Akzeptiert man, daß es „Wellen“ bei ökonomischen Zeitreihen gibt, (egal ob „lang“ oder nicht „lang“, ob mit regelmäßiger oder mit unregelmäßiger Amplitude) dann sind nach Einschätzung des Rezensenten, die interessantesten Arbeiten des Bandes die Arbeiten zur Modellierung von Produktzyklen (*G. O. Mensch, W. Weidlich* und *G. Haag*, *Outline of a Formal Theory of Long-Term Economic Cycles*, Kapitel 27 sowie *H. Wold* und *K. Kaasch*, *Transfers Between Industrial Branches in the Course of Schumpeter-Mensch Long Swings*, Kapitel 29) damit eng zusammenhängend Arbeiten zu Zyklen, die von der Durchsetzung technischen Fortschritts ausgelöst werden (so *E. Mosekilde, S. Rasmussen* und *M. Zebrowski*, *Technoeconomic Succession and the Economic Long Wave*, Kapitel 18, wo das Modell der „System-Dynamics Group“ des MIT vorgestellt wird, sowie *Y. V. Yakovets*, *Scientific and Technological Cycles: Program- and Aim-Oriented Planning*, Kapitel 20 und *C. Freeman*, *Technical Innovation, Diffusion, and Long Cycles*, Kapitel 21) sowie Arbeiten zur Modellierung von ökonomischen Zyklen überhaupt (z. B. *R. M. Goodwin*, *The Economy as an Evolutionary Pulsator*, Kapitel 4, wo der Autor eigene Ideen aus den 40-er Jahren wieder aufgreift, sowie *L. Klimenko* und *S. Menshikov*, *Catastrophe Theory Applied to the Analysis of Long Waves*, Kapitel 25). In den Band aufgenommen wurden auch Arbeiten, die mit „Zyklen“ nichts zu tun haben und sich z. B. beschäftigen mit der Modellierung von Strukturveränderungen (so *W. Krelle*, u. a., *Structural Change and Long-Term*

<sup>1</sup> *Solomou*, *Solomos: Phases of Economic Growth 1850 - 1973, Kondratieff Waves and Kuznets Swings.* Cambridge. *Goldstein*, J. S.: *Long Cycles.* Yale.

Fluctuations in Economic Growth, Kapitel 26, wo das Bonn-IIASA-Projekt zur Analyse und Projektion von globalen Strukturänderungen vorgestellt wird).

Generell ist zu sagen, daß die besten Aufsätze dieses Bandes von bekannten Autoren stammen, die hier Gelegenheit hatten, jeweils neueste Versionen ihrer Arbeiten zu präsentieren. Im übrigen gilt, was für Konferenzbände offenbar notwendig gilt: Das Niveau der abgedruckten Aufsätze ist sehr unterschiedlich und das Spektrum der Aufsätze wird durch den Gesamttitel nur unzureichend charakterisiert. Darüber hinaus ist im vorliegenden Fall die Anordnung der Aufsätze kaum eine Orientierungshilfe für den Leser. Zur Entlastung des Herausgebers muß wohl angemerkt werden, daß bei einer Konferenz mit Teilnehmern aus „Ost“ und „West“ zusätzliche spezielle Empfindlichkeiten zu berücksichtigen sind.

G. Lorenzen, Hamburg

*Matzner, Egon / Kregel, Jan / Roncaglia, Alessandro* (Hrsg.): Arbeit für alle ist möglich. Über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. edition sigma, Berlin 1987. 379 S. DM 29,80.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit in den meisten westlichen Industrieländern ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine wissenschaftliche Herausforderung. Egon Matzner, Jan Kregel und Alessandro Roncaglia haben daher die dankenswerte Aufgabe übernommen, den Stand des Wissens über die Ursachen der Entstehung hoher gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit und des Verharrens in diesem Zustand sowie die hieraus abzuleitenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen in einem Sammelband (bestehend aus Tagungsbeiträgen zu einer internationalen Konferenz des Wissenschaftszentrums Berlin vom 1. - 3. Oktober 1985 über "Barriers to Full Employment") darzustellen.

Der Tagungsband beginnt mit „Breitseiten“, wie sie zuweilen die politische Diskussion kennzeichnen: (A) Die Lohnkosten-Beschäftigungs-Beziehung ist Ergebnis komplexer Funktionszusammenhänge, die in der „marginalistischen“ Analyse und im „Gleichgewichtsansatz“ der Neoklassik fälschlicherweise zu einer inversen Beziehung simplifiziert wurden (vgl. A. Roncaglia, S. 21 ff.). (B) Die Marginalanalyse ist eine Methode und hat mit der Frage der Richtigkeit adäquater Sachhypothesen nichts zu tun. Die makroökonomisch inverse Beziehung zwischen Reallohn und Beschäftigung steht theoretisch nicht in Zweifel und ist empirisch hinreichend abgesichert. Ursache der Arbeitslosigkeit ist daher ein zu hoher Reallohn. Was es dagegen zu erklären gilt, ist die Starrheit der Löhne auch bei anhaltender Arbeitslosigkeit (vgl. J. Schneider: Die Fortsetzung des Irrweges, Replik, S. 35).

J. A. Kregel führt zurück in das „ruhigere Fahrwasser“ der Sachargumentation: Aus keynesianischer Sicht ist der Reallohn das *Ergebnis* gesamtwirtschaftlicher Wechselwirkungen, wobei Unklarheiten über den Zusammenhang zwischen der (wirtschaftspolitisch zugänglichen) *Nominallohnentwicklung* und der (wirtschaftspolitisch nicht direkt zugänglichen) *Reallohnentwicklung* bestehen. Bei *Nominallohnzurückhaltung* überwiegt der partiell positive Beschäftigungseffekt der Kostenentlastung den partiell negativen Beschäftigungseffekt aus einer Konsumnachfrage-senkung und aus Preisdruck (gleich Reallohn-Druck nach oben) nur dann, wenn steigende Konsumquote, steigende Investitionsnachfrage und steigende Auslandsnachfrage den Gesamtnachfrageeinbruch klein halten (S. 52). Die Botschaft der keynesianischen Theorie, daß *Nominallohnsekungen* u. U. *nicht* imstande sind, die *Reallöhne* zu senken, weist auf eine in der Realität höchst relevante Gefahr hin.

Wirtschaftspolitisch heißt das, der Erfolg einer auf Nominallohnbremsung ausgerichteten Politik hängt von der gegebenen Situation ab. Ein stabiler Wirkungszusammenhang zwischen Nominallöhnen, Reallöhnen und Beschäftigung besteht nicht. Forschungsstrategisch bedeutet das, die Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage besser zu erklären.

Auch R. A. Hart, der die neoklassische „Gegenposition“ vertritt, stellt die Zusammenhänge zwischen Lohnsätzen und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht grundsätzlich in Frage, bemängelt jedoch, daß sie für die Frage der Beschäftigungs-Lohnbeziehung deutlich überbewertet werden (S. 56). Stattdessen sollte auch auf Makroebene dem Einfluß der relativen Faktorkosten auf die Faktorsubstitution mehr Gewicht beigemessen werden. Hart ist überzeugt, daß gerade diese Überlegungen mehr zur Erklärung der Arbeitslosigkeit beitragen als ein genuin makroökonomischer Ansatz. Empirische Makrountersuchungen zum Prozeß der Faktorsubstitution zeigen eine typische Lohnelastizität von 0.2 bis 0.5, unter Einbeziehung der induzierten Entwicklung des Gesamtoutputs von 0.5 bis 1.0. Letztere Elastizitätswerte beinhalten bereits den gesamtwirtschaftlichen Kreislauffeffekt. Offenbar werden die aggregierten, mikroökonomischen Anpassungen durch den gesamtwirtschaftlichen Kreislauffeffekt weder konterkariert noch ins Gegenteil verkehrt, sondern in der mikroökonomisch prognostizierten Richtung verstärkt.

E. Streissler, dessen Beitrag zur Erklärungskraft informationstheoretischer Ansätze in einer Zusammenfassung von E. Matzner abgedruckt ist, versucht, die unterschiedliche Bedeutung der verschiedenen Theorieansätze für das *heutige hohe, dauerhafte und stabile* (ohne nennenswerte konjunkturzyklische Schwankungen) Arbeitslosigkeitsniveau zu gewichten. Die Keynesische Theorierichtung ist unangemessen, weil sie ein *Hineingleiten* in Arbeitslosigkeit und eine *kurzfristige* Existenz (einschließlich der möglichen Wirkungslosigkeit lohnpolitischer Mittel), nicht aber Dauerarbeitslosigkeit erklären kann (S. 61). Neuere kontrakttheoretische Ansätze erklären zwar Lohnstarrheiten (freiwilliger Art), aber nicht das Niveau zusätzlicher unfreiwilliger Arbeitslosigkeit (S. 62f.). Auch effizienzlohntheoretische Erklärungen zeigen nur, daß es für Firmen gewinnbringend (weil arbeitsproduktivitätssteigernd) sein kann, höhere als markträumende Löhne zu zahlen. Diese Theorien erklären aber weder den raschen Anstieg noch das Verharren. (Auch erklären sie nicht internationale Unterschiede wie z. B. die signifikant andere Entwicklung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den U. S. A., da Effizienzlohnpraktiken für U. S.-amerikanische Unternehmen gleichermaßen Gültigkeit haben; der Verfasser.) Eine Erklärung, daß der *Wirtschaftsprozeß* als solcher *hohe Dauerarbeitslosigkeit* verursacht, gibt es bis heute nicht. Vielmehr sind dafür „außer“ ökonomische Gründe psychologischer, soziologischer, institutioneller oder politischer Art verantwortlich (S. 64).

K. W. Rothschild setzt vor allem vorsichtige Fragezeichen hinter die von Streissler vorgetragene These: Daß keynesianische Theorie eine nicht gar so kurzfristige Erklärung des Arbeitslosenproblems liefern kann, daß Effizienzlohnansätze zu Recht die These von der Rückwirkung der Löhne auf die Arbeitsproduktivität selbst untersuchen und andere. Vor allem letzteres scheint uns eine fruchtbare Frage nach den Ursachen eines *hohen, anhaltenden* Arbeitslosigkeitsniveaus in den Mittelpunkt zu stellen: Wenn z. B. Lohnsteigerungsraten bei geringer werdendem Nachfragewachstum nicht „flexibel genug“ abnehmen, dann kann das sicherlich einen Aufwärtsschub der Arbeitsproduktivität begünstigen. Es ist jedoch für die Arbeitslosigkeitsfrage wichtig zu unterscheiden, ob und was davon zu einer Erhöhung und/oder Verhärtung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Mit einem Produktivitätsschub (ausgelöst durch Lohn- und/oder Effizienzlohnansätze) kann sowohl (bildlich gesprochen) eine *Verschiebung* der Arbeitsnachfragekurve nach oben gemeint sein (z. B. infolge positiver Arbeitsanreize, wie sie die Effi-

zientzlohntheorien thematisieren). Damit kann aber auch eine *Bewegung* auf der Arbeitsnachfragekurve nach links gemeint sein. Grenzarbeitsplätze und Grenzanbieter fallen weg, nur die produktiveren verbleiben. Während ersteres eher eine *Verhinderung* von Arbeitslosigkeit darstellt, ist das zweite die *Folge* einer bereits eingetretenen Beschäftigungsverringerung. Auf der gleichen Ebene liegt Rothschilds zweiter Hinweis. Kontrakttheorien erklären in erster Linie Lohnrigiditäten. Auch hier sollte sauber unterschieden werden, welche Lohnstarrheiten etwas zur Erklärung der Arbeitslosigkeit beitragen und welche nicht. „Starre“ (sich nicht verändernde) Löhne sind solange irrelevant, solange sie Marktgleichgewichte nicht gefährden. Freiwillige (implizite) Kontrakte über Lohnstarrheiten glätten in erster Linie zyklische Beschäftigungsschwankungen. Arbeitslosigkeit erklären sie nur in Teilphasen eines Konjunkturzyklus (im Boom steigt die Beschäftigung weniger) und unter zusätzlichen Bedingungen (z. B. Existenz der Arbeitslosenversicherung) oder bei einer nicht antizipierten Änderung der, den Kontrakten zugrunde liegenden Daten (z. B. Einschwenken auf einen niedrigeren Wachstumspfad) für die jeweilige Kontraktdauer. Die Titelthese Rothschilds steht im Schlußsatz: Wenn Theorie und Empirie zeigen (vgl. Hart S. 57), daß die rein wirtschaftlichen Faktoren Dauerarbeitslosigkeit auf hohem Niveau nicht erklären, dann sollte die Wirtschaftswissenschaft die *exogenen* Ursachen, u. E. vor allem politisch gesetzte institutionelle Rahmendaten und verbands- sowie verhandlungspolitische Abläufe, stärker in den Blick nehmen. Ein Grund zur Traurigkeit (Rothschild S. 70, Streissler S. 64), in wirtschaftlichen Abläufen keine endogenen Ursachen zu finden, ist das in der Tat nicht.

Der erste Teil des Sammelbandes erscheint damit als eine insgesamt recht positive „Kritik der Standardökonomie“, was ihren Zustand, aber auch ihre schrittweise, vorsichtige Weiterentwicklung durch Übernahme ergänzender und modifizierender Ansätze betrifft.

P. Davidson führt einleitend zum dritten Kapitel auch das Erklärungsproblem Arbeitslosigkeit auf einen grundlegenden Unterschied in der Weltansicht zwischen Neoklassikern und Postkeynesianern zurück. Nach grundlegender neoklassischer Sichtweise führt vor allem das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ausgerichtet an rationalen Erwartungen zu gleichgewichtigen, effizienten Finanzmärkten, von denen eine Störung der Arbeitsmarktgleichgewichte grundsätzlich *nicht* ausgeht. Diese Vorhersehbarkeit der Zukunft wird von Keynesianern grundsätzlich bestritten, da die (nicht notwendigerweise rationalen) Entscheidungen die Zukunft selbst bestimmen und gestalten. Richtige, völlig vorhersehbare Zukunftsentwicklungen gibt es nicht, daher fehlt den planenden Wirtschaftssubjekten der Fixpunkt für ihre Erwartungsbildung. (Die Frage, ob man Wirtschaftsabläufe als ergodischen, d. h. aus der Vergangenheit herauslesbaren, durch diese determinierten Entwicklungspfad begreifen kann (vgl. auch C. Sawyer, S. 101), bestimmt letztlich auch das adäquate, wirtschaftswissenschaftliche Forschungsprogramm.) Erwartungen führen damit zu Situationen auf den Finanzmärkten, die globale Arbeitslosigkeit verursachen können. Staatliches Handeln und institutionelle Regeln müssen daher die aus der Vergangenheit nicht herauslesbaren Fixpunkte für die Erwartungsbildung liefern. Das ist letztlich die Aufgabe der *Zentralbank*, die die Erwartungen darauf hin leitet, daß die Preise der Finanzaktiva und die Lohnstückkosten relativ stabil bleiben werden (S. 87). Steigen die Lohnstückkosten (aus welchen Gründen auch immer), dann muß die Zentralbank im Sinne einer langfristigen Stabilisierung die Erwartungen stützen, auch wenn dafür vorübergehend Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden muß (S. 88). Nur so gewinnt sie in einer Welt inhärent instabiler Finanzmärkte und Erwartungsbildung den Spielraum, eine *langfristig* vollbeschäftigungskonforme Geldversorgung durchzuhalten.

Der letzte Gedanke wird von *S. Biasco* (S. 93 ff.) nochmals klar herausgearbeitet. Biasco fordert vor allem eine Stabilisierung der Erwartungsbildung auf den *Devisenmärkten*, da diese die Wirtschaftsabläufe stärker beeinflussen als die Finanzmärkte. Zentrales Problem ist aber, ob die von Davidson beschriebene Stabilisierungsfunktion von Zentralbank und Staat überhaupt erfüllt werden kann. Die Zweifel der Angebotstheoretiker (*C. Sawyer*, S. 101 ff.) wie u. E. noch viel stärker die Erkenntnisse der Neuen Politischen Ökonomie über die Problemlösungskapazität von demokratischen Regierungen, von Bürokratien, die von der Regierung abhängig oder auch unabhängig (Notenbank) sind oder Tarifverhandlungssystemen geben Anlaß zur Vorsicht, instabile Finanz- und Devisenmärkte als hinreichendes Argument dafür anzusehen, daß der Staat die im Markt fehlende Problemlösung liefern könnte (vgl. auch *K. Zimmermann*, S. 305 ff., „Der Markt leistet mehr als die Politik“.).

*A. Guger / E. Walterskirchen* (S. 105 ff.) nehmen die von Keynesianern langfristig gesehene Stagnationsgefahr zum Anlaß, die Entwicklung in die hohe Arbeitslosigkeit empirisch nachzuzeichnen und die von Keynes favorisierte Politik des billigen Geldes sowie drei von *Kalecki* vorgeschlagene Auswege (*deficit spending*, Förderung privater Investitionen und Einkommensumverteilung, S. 116 ff.) zu diskutieren. Alles in allem erscheint die hohe Arbeitslosigkeit in westlichen Industrienationen als die Folge einer konzertierten Stabilisierungskrise, wobei vor allem die Bundesrepublik Deutschland über das Ziel hinausgeschossen ist und sich lediglich auf Kosten des Auslandes relativ gut hält. Wirtschaftspolitisch erforderlichlich erscheint ihnen eine expansive Geldpolitik, die in den Ländern, die sich das von ihrer Verschuldung her leisten können (*Japan*, *BRD*, *GB*), durch ein *deficit spending* unterstützt werden sollte und die durch Einkommensumverteilung von oben nach unten (zur Konsumbelebung) zu ergänzen ist. Daß gerade letzteres beschäftigungssteigernd wirken sollte, begründen sie aus der Erfahrung, daß Reallohnsteigerungen empirisch mit Beschäftigungssteigerungen einhergehen (S. 127) und Länder, in denen die Reallohne der Produktivitätsentwicklung nicht davoneilen (*BRD*, *GB*, 1972 - '82), besonders schlecht gefahren sind. Eine *expansivere* Lohnpolitik sei daher hilfreich (S. 131).

*B. Holmlund* kritisiert die oben behauptete empirische Evidenz durch zahlreiche empirische „Gegenbeweise“ einer *negativen* Reallohn-Beschäftigungs-Beziehung (S. 136). Eine ähnliche Kritik übt *H.-Peter Spahn* (S. 142). Er präferiert stärker eine expansive Fiskalpolitik, die, wie das Beispiel *U. S. A.* zeigt, ohne Inflationsschub die Arbeitslosigkeit überwinden kann (*Lohnzurückhaltung* unterstellt). *U. E.* zeigt das Beispiel *U. S. A.*, daß eine nicht restriktive Geldpolitik, eine *de facto* expansive Fiskalpolitik dann starke Beschäftigungssteigerungen mit sich bringen, wenn die beschäftigten Arbeitnehmer die vor allem aufgrund des technischen Fortschritts möglichen Steigerungen der Arbeitsproduktivität nicht voll (oder gar nicht) für sich als Lohnsteigerungen reklamieren, sondern für die Einrichtung relativ weniger rentabler Arbeitsplätze nutzbar machen. Der außerordentlich niedrige Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in den *U. S. A.* (+ 1.1% von 1972 - '82) und der folglich niedrige Anstieg des Reallohniveaus (1972 - '82 + 3.9%) verglichen mit der *BRD* (+ 25.1% bzw. + 23.4%) paßt genau in dieses Bild, denn daß die *U. S. A.* keinen produktivitätssteigernden technischen Fortschritt haben, wird niemand behaupten wollen. Allerdings wird der technische Fortschritt dort fast vollständig für *neue* Arbeitsplätze, bei uns fast vollständig zur Realloohnerhöhung der *vorhandenen* Arbeitsplätze verwandt.

*R. Meidner* (S. 149 ff.), *W. R. Dymond* (S. 169 ff.) und *G. Schmid* (S. 177 ff.) beschäftigen sich mit dem Beitrag des schwedischen Modells der Arbeitskräftepolitik und was man daraus für die bundesdeutsche Politik lernen kann. In Zeiten eines globalen Fehlbestandes von über zwei Millionen Arbeitsplätzen muß der Beitrag einer aktiven

Arbeitsmarktpolitik entweder gering sein (gesamtwirtschaftlich schafft sie keine bzw. kaum zusätzliche Arbeitsplätze) oder wohlfahrtspolitisch eine second-best-Lösung darstellen (da sie freiwilliges Arbeitsangebot mehr oder weniger zwangsweise vom Markt schafft). Nach unserer Grundauffassung besteht das Vollbeschäftigungsziel jedoch vornehmlich darin, die erwünschten fehlenden Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen. Schmid argumentiert ausdrücklich, daß das gerade nicht das Ziel sein sollte, da das dafür erforderliche Wachstum unmöglich und unerwünscht sei (S. 182). Hinter „unmöglich“ scheint die unrichtige Vorstellung zu stehen, daß das erforderliche Wachstum zur Integration von mehr als zwei Millionen zusätzlicher Arbeitnehmer so hoch sein müßte, daß es den „gegebenen“ Pfad der Produktivitätsentwicklung (1960 - '73 pro Jahr 5.4%, 1973 - '81 3.7%) deutlich überschreitet. Wachstumsraten von 5% bis 6% erscheinen unmöglich und (wegen der vermuteten Umweltprobleme) unerwünscht. Eine Politik der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erfordert jedoch weit geringeres Wachstum, da dadurch auch der Pfad des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums tendenziell nach unten verlagert wird. So haben die U. S. A. in der Zeit massiver Arbeitsplatzschaffung (1969 = 67 639 Millionen, 1981 = 102 Millionen) einen signifikant niedrigeren Produktivitätspfad eingeschlagen (1960 - '73 = 2.6% p. a., 1973 - '81 = 1.1% p. a.). Dieser niedrigere Produktivitäts- und Reallohn-pfad war der „Preis“, den alle für die Integration von Millionen neuer Arbeitnehmer gezahlt haben. Das erforderliche *Mengenwachstum* wird also weit geringer sein als oben unterstellt und – wie die U. S. A. zeigen – sich auf umweltverträgliche Dienstleistungen konzentrieren. Dennoch bestehenden Umweltbedenken (vgl. den Beitrag von B. Schefeld: *Umweltpolitik schafft Beschäftigung*, S. 291 ff.) kann durch eine ergänzende *Umweltpolitik* Rechnung getragen werden. U. E. besteht weder sachlich noch normativ die Notwendigkeit, das gesamtwirtschaftliche Vollbeschäftigungsziel zu reformulieren.

R. Delorme nähert sich der Frage nach Ursachen für und Maßnahmen gegen die herrschende Arbeitslosigkeit vom Beitrag des Wohlfahrtsstaates her. Die bereits mehrfach angesprochenen Erklärungsversuche ergänzt er durch den französischen Regulierungsansatz, der Erklärungen in ökonomischen *und* institutionellen Entwicklungsprozessen sucht (S. 198 f.). Der „Königsweg“ liegt in der Kombination von Nachfragestimulierung und Lohnzurückhaltung durch Einkommenspolitik (S. 202, S. 205). Der Wohlfahrtsstaat mit seiner Vielzahl umverteilungspolitischer und besitzstandswahrender Maßnahmen hat seiner Ansicht nach wenig mit Massenarbeitslosigkeit zu tun. Daher läßt sich mit wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen die Arbeitslosigkeit auch nicht überwinden (S. 204). Solche Maßnahmen können eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik bestenfalls ergänzen.

Zwei Grundlinien einer solchen Ergänzung sieht M. Miegel (S. 215 ff.). Sozialleistungen, sofern auf Dauer erforderlich, sollten *breiter* und damit von der Arbeitsmarktlage unabhängiger (durch Steuern) finanziert werden. Parallel dazu sollten wieder private Einkommen und Vermögen zur Risikoabsicherung herangezogen werden (für Kurzarbeitslosigkeit, für Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen etc.). Schließlich sei der gesamte Sozialstaat auf Regulierungen hin zu durchforsten, die mit sozialen Zielen der Gesamtbevölkerung wenig oder nichts zu tun haben (vom Ladenschlußgesetz bis zum relativen Kündigungsschutz, S. 218).

D. Soskice (S. 219 ff.) plädiert für einen zentraleren Korporatismus auf dem Arbeitsmarkt, der allerdings fähig gemacht werden sollte, auf ökonomische Änderungen flexibler zu reagieren. Normalerweise und langfristig werden seiner Meinung nach korporatistisch organisierte Arbeitsmärkte mit den Wirtschaftsproblemen (einschließlich der Arbeitslosigkeit) besser fertig, wenn auch die Reaktionen auf massive Datenänderungen (weltweite Rezession, internationaler Wettbewerb, technischer

Wandel, Rohstoffverteuerung) nicht hinreichend flexibel waren. Dennoch erscheint ihm auch die Überwindung der Arbeitslosigkeit bei starken Gewerkschaften eher möglich. Aus- und Weiterbildung, aber auch Konsens über technische Änderungen etc. werden dadurch gefördert. Aber auch die Absicherung einer (europaweiten) keynesianischen Nachfrageausweitung (die er für den einzig sinnvollen Weg aus der Arbeitslosigkeit hält) durch eine globale Lohnzurückhaltung gelingt bei starken Gewerkschaften besser. Ergänzende Maßnahmen wie eine stärkere Gewinnbeteiligung etc. könnten dabei die Akzeptanz erhöhen (S. 231). *G. Klepper* (S. 235 ff.) hat hier Zweifel, ob nicht doch langfristig falsche Wirtschaftsstrukturen durch Gewerkschaftspolitik zementiert wurden und ein Teil der Arbeitslosigkeit darin besteht, daß diese Politik zusammengebrochen ist.

*W. Streeck* (S. 241) wehrt sich gegen das Argument, Gewerkschaften nur (oder vor allem) als Verteilungskonkordien zu betrachten, die für die Wirtschaftsentwicklung grundsätzlich hinderlich seien. Sie sichern Akzeptanz und Legitimität von Arbeitsverträgen und sichern einen in Märkten (da Kollektivgut) nicht anbietbaren Qualifikationsstandard der Arbeitnehmer (S. 245).

*R. Boyer* (S. 247 - 285) beschreibt die veränderten Eigenschaften des technischen Fortschritts. Eine *Erklärung* (im Sinne einer generellen Ursache) liefert das jedoch nicht (S. 261). Eine Analyse mit Hilfe der Wirtschaftstheorie zeigt dagegen, daß der *Wirtschaftsprozess* als solcher durch Produktinnovationen, aber auch durch Prozeßinnovationen tendenziell eher zu einer *Beschäftigungssteigerung* führt. Letztlich seien die institutionellen Rahmendaten, die die Unternehmensentscheidungen über die Anwendung des technischen Fortschritts steuern, entscheidend dafür, ob eine positive oder negative Beschäftigungswirkung resultiert (S. 263 ff.). Da im Wettbewerb technische Neuerungen in der Regel dann, aber auch nur dann übernommen werden, wenn sie gewinnbringend sind, dies aber seit der Industrialisierung sich nicht geändert hat, müßten es andere Faktoren als der technische Fortschritt selbst sein, die einen Anstieg im Arbeitslosigkeitsniveau verursachen. So sind z. B. institutionelle Behinderungen von ansonsten rentablen Investitionen (S. 265) und die Lohn- und Gewinnverteilung des technischen Fortschritts beschäftigungsrelevanter als der beobachtbare Trend zu immer flexibleren Produktionsformen (S. 269 ff.).

Die Notwendigkeit, nicht auf die Art der Technik, sondern auf den wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß über die Anwendung der Technik zu schauen, wird von *A. Sorge* unterstrichen. Nach wie vor gilt das Verdoornsche-Gesetz, nach dem hohe Produktivitätssteigerungen auch hohes Mengenwachstum bedeuten (S. 288). *B. Schefold* (S. 291 ff.) plädiert für eine stärkere Berücksichtigung umweltpolitischer Ziele. Eine Ausdehnung von umweltpolitischen Auflagen und Umweltinvestitionen muß nicht negative Beschäftigungsfolgen haben (S. 296 f.), da Modellrechnungen ergeben haben, daß der positive direkte Arbeitsnachfrageeffekt höher ist als der negative Produktionskosteneffekt. Der Wert von Modellrechnungen steht und fällt jedoch mit den Annahmen über das Anpassungsverhalten von Unternehmen und Nachfragern. Daher wären u. E. vor allem die eher beschäftigungsfördernden bzw. beschäftigungsbehindernden Eigenschaften alternativer Umweltmaßnahmen von Interesse gewesen. Zentral scheint uns dabei die Wahl des Instrumentes (Zertifikate, Auflagen etc.), die internationale Abstimmung, der Übergangszeitraum und die Tatsache zu sein, daß Umweltverbesserungen als eine *Verwendung* von Produktionsmöglichkeiten und Einkommen betrachtet werden, die die Einkommenssteigerungen für die traditionellen Teile des Sozialprodukts tendenziell beschränken.

*K. Zimmermann* (S. 305 ff.) warnt vor der kurzfristigen politischen Verlockung einer vermeintlich zwei „Fliegen“ – Umweltschutz und Vollbeschäftigung – mit einer Klappe schlagenden Politik, der vor allem demokratische Regierungen zu unterliegen



drohen. Auf der Strecke bleibt dann eine Ordnungspolitik des Arbeitsmarktes, die *auf Dauer* eine Zahl *rentabler* Arbeitsplätze sichert, die zur Vollbeschäftigung ausreicht, wie auch eine langfristig orientierte Umweltpolitik, die Einkommens- und Umweltbelange langfristig ins Gleichgewicht bringt. Diese Politik muß hinreichend viele Investitionen rentabel machen, um Vollbeschäftigung zu erreichen, und diese in eine Richtung steuern, in der die Umweltqualität verbessert und gesichert wird. Von einer solchen ordnungspolitischen Langfristperspektive ist dankenswerterweise zum Schluß des Bandes doch noch die Rede. So weit, daß in dem allgemeinen „Kurzfristenken“ allerdings nur noch die Beatles eine Langfristperspektive haben (vgl. Zimmermann S. 309), scheint es uns allerdings doch noch nicht gekommen zu sein.

Im Gegensatz zu den bemängelten kurzatmigen Einflußnahmen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung untersucht *N. Georgescu-Roegen* (S. 313 ff.) mögliche Auswirkungen der ökonomischen und institutionellen Bedingungen auf den gesamtgesellschaftlichen Evolutionsprozeß. Diese extrem langfristige Perspektive kreiert jedoch eher Erkenntnisse über eine zweckmäßige Methodik der Wissenschaft (z. B. weg von „sinnleeren mathematischen Übungen“ etc., S. 332) als über Zusammenhänge zwischen gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit und ihren Ursachen (vgl. die entsprechende Interpretation bei *F. W. Scharpf*, S. 341 ff., und *M. Salvati*, S. 351 ff.). Denkt man seinen Ansatz weiter, so spricht vieles dafür, sich auch in bezug auf den Arbeitsmarkt um ein für Anpassungen von Arbeitnehmern und Unternehmungen sowie für Neuerungen offenes Ordnungssystem zu bemühen (vgl. Zimmermann) und Instrumenten, denen eine mechanistische Wirtschaftsvorstellung zugrunde liegt (steigendes Budgetdefizit bewirkt mehr Beschäftigung), eher zu mißtrauen. Dieses Mißtrauen bedeutet jedoch keine totale Ablehnung einer Politik, die sich auf Ursache-Wirkungsbeziehungen stützt, wie sie „Theorien mit begrenztem Geltungsbereich“ liefern (*F. W. Scharpf*, S. 341 ff., besonders S. 346), sondern mahnt uns nur, sachliche Komplexität und zeitlichen Horizont der politischen Ziele und der den politischen Instrumenten zugrunde liegenden Theorien aufeinander zu beziehen (Politikberatung auf der Grundlage von in diesem Sinne *geeigneten*, d. h. zeitlich und sachlich adäquaten Theorien. Auch *M. Salvati* (S. 353) plädiert für kleinere, unpräzise Modelle. Nach Scharpf hat dabei die ökonomische Theoriebildung einen bemerkenswerten Vorsprung vor den übrigen, mit den institutionellen Problemen außerhalb des Marktes befaßten Sozialwissenschaften (S. 348).

Versucht man, das breit angelegte Buch auf eine „zentrale Botschaft“ zu reduzieren, so würden wir sie in folgendem sehen: Wesentliche Ursache für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist die Überhöhung des Reallohnes, verursacht durch eine zu wenig flexible Reaktion der Lohnpolitik auf exogene Schocks (von der terms-of-trade-Verschlechterung bis zur Stabilisierungspolitik). Bis heute ist die Lohnpolitik dem geringen Produktions- und Nachfragewachstum nicht hinreichend angepaßt. Eine keynesianische Nachfrageausweitung im europäischen Rahmen *verbunden* mit Lohnzurückhaltung würde die Arbeitslosigkeit überwinden, doch sind weder „Euro-Konsens“ noch einkommenspolitische Absicherung in Sicht. Langfristig ist zu befürchten, daß sich die staatliche Beschäftigungspolitik wieder in die Sackgasse begibt, indem sie sich eine beschäftigungspolitische Aufgabe aufbürdet, die sie auf Dauer nicht tragen kann und die zukünftige Beschäftigungskrisen heraufbeschwören würde. So hat sich offenbar alles darauf eingestellt, die demographische Verbesserung abzuwarten und den ordnungspolitischen Rahmen vorsichtig so zu verändern, daß Vollbeschäftigung sich aus der Marktrentabilität der Arbeitsplätze ergibt. Jedem Studenten, der einen aktuellen Überblick über die Diskussion zum Arbeitslosigkeitsproblem gewinnen will, sei der vorliegende Sammelband wärmstens empfohlen. Wer unschlüssig ist, lese zunächst die Zusammenfassung von *E. Matzner* (S. 11).

Neipp, Joachim: Der optimale Gesundheitszustand der Bevölkerung. Methodische und empirische Fragen einer Erfolgskontrolle gesundheitspolitischer Maßnahmen. Springer, Berlin u. a. 1987. X, 159 S. Brosch. DM 68,-.

In der vorliegenden Arbeit, die 1984 als Habilitationsschrift von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg angenommen wurde, entwickelt Joachim Neipp ein umfassendes Modell zur Bewertung gesundheitspolitischer Maßnahmen. Sein Ziel ist damit ein Entscheidungsmodell zur Beurteilung der Allokation im Gesundheitswesen. Gesundheitspolitische Maßnahmen erweitern (reduzieren) das Angebot an Gesundheitsleistungen, verändern den Gesundheitszustand einzelner Personen (der Bevölkerung) und belasten (entlasten) diese mit (von) den Kosten der Leistungserstellung. Erhöht sich die gesellschaftliche Wohlfahrt, dann ist eine Maßnahme als „allokativ effizient“ (S. 4) anzusehen. Ziel der Arbeit ist also nichts anderes als ein umfassendes Modell zur *empirischen* Ermittlung der „sozialen Wohlfahrt“ durch Gesundheitsleistungen.

Neipp geht von dem sozialökonomisch relevanten *Beeinträchtigungskonzept* von Krankheiten aus und entwickelt daraus eine eigene, erweiterte Konzeption (S. 8), die neben der Beeinträchtigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhaltens auch die hierfür ursächlichen Krankheiten erfaßt. Sein Meßkonzept des *gesellschaftlichen Gesundheitszustandes* setzt sich aus Gesundheitserwartungsindizes zusammen, die die *Länge* wie auch die gesundheitliche *Qualität* des Lebens widerspiegeln (S. 12). Indem Lebensjahre mit einem Qualitätsindex gewichtet werden, errechnet man „qualitätsbereinigte Lebensjahre“. *Bewertet* werden Veränderungen des so *gemessenen* Gesundheitszustandes durch die *Zahlungsbereitschaft* der Betroffenen und ihrer Angehörigen zuzüglich (abzüglich) der externen Vorteile (Nachteile), die anderen Gesellschaftsmitglieder dadurch entstehen (S. 16).

Das Verhältnis der tatsächlichen Lebenserwartung einer Bevölkerung zum gesundheitspolitischen *Lebenserwartungsziel* (Neipp setzt dafür 100 Jahre für *alle* an) gibt die allein *lebenszeitbezogene* Zielabweichung an (S. 18 - 26). Ermittelt man unter den tatsächlich realisierten Lebensjahren diejenigen, die in Folge von Krankheiten nur ein eingeschränktes gesellschaftliches Rollenverhalten zuließen, und wertet diese je nach Grad der Einschränkung stufenweise ab, dann erhält man eine „*qualitätsbereinigte*“ tatsächliche Lebenserwartung, die dem Gesundheitsziel (100 Jahre für jeden *bei optimalem Gesundheitszustand*) gegenüber gestellt werden kann (S. 26 ff.).

Enthält schon die Formulierung des Gesundheitszieles (100 Jahre bei unbeeinträchtigtem Rollenverhalten für jeden) notwendigerweise normative Setzungen, so kommt auch die Entwicklung von Gewichtungsfaktoren, die die Beeinträchtigungsniveaus widerspiegeln, nicht ohne zahlreiche präjudizierende Bewertungen aus. Neipp entscheidet sich für die Abstufung nach nur wenigen, standardisierten Beeinträchtigungsklassen (S. 28f.), deren Gewichtung durch eine Befragung der Bevölkerung (nicht von Betroffenen oder Repräsentanten, wie Parlamentariern und Ärzten) ermittelt wird. Des weiteren sollten seiner Meinung nach die Gewichtungsfaktoren auf Werte größer Null (Ausschluß von Bagatellen) und kleiner eins (Leben behält auch unter stärkster Beeinträchtigung einen positiven gesellschaftlichen Wert) beschränkt bleiben (S. 37).

In diesem Teil wird besonders deutlich, daß der wissenschaftliche Wert der vorliegenden Arbeit in der Diskussion und Abwägung alternativer Vorgehensweisen liegt und nicht in der letztendlich gewählten Methode oder gar dem rechnerischen Bewertungsergebnis. Die Dokumentation alternativer Verfahren und die abwägende Entwicklung der eigenen Meß- und Bewertungsmethode sind vorbildlich, genauso wie die Offenlegung der normativen Entscheidungsgrundlagen, die Schritt für Schritt darge-

stellt werden. Zahlreiche Hilfsannahmen, Modifikationen und Einschränkungen der Aussagefähigkeit werden u. a. durch die Unvollkommenheit der verfügbaren empirischen Daten erforderlich. Neipp beschränkt sich so z. B. auf Gesundheitstatbestände des *erwerbstätigen* Teils der Bevölkerung und operationalisiert Gesundheit als das zur Aufrechterhaltung der *Arbeitsfähigkeit* erforderliche körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden (S. 50). Er beschränkt sich auf die Berücksichtigung von *drei* Beeinträchtigungsniveaus: Arbeitsunfähigkeit (0.4), Erwerbsunfähigkeit (0.45) und stationäre Behandlung (0.5). Treffen Erwerbsunfähigkeit und stationäre Behandlung zusammen, so ergibt sich *additiv* (vgl. S. 30) eine Beeinträchtigung von 0.95 (S. 52 f.), mit der ein Lebensjahr qualitätsbereinigt (abgewertet) werden sollte.

Anhand von Periodentafeln für die Bundesrepublik Deutschland (1968 - 1978) berechnet Neipp, daß der nicht um Beeinträchtigungsfaktoren bereinigte Zielerreichungsgrad (Lebenserwartungsziel = 100 Jahre) von 0.703 (1968) auf 0,724 (1978) gestiegen ist (S. 58). Wertet man dagegen die in Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Krankenhaus verbrachten Jahre gemäß dem oben genannten Schlüssel ab, dann hat sich der Zielerreichungsgrad (1968 = 0.681) wesentlich weniger verändert (1978 = 0.691; vgl. S. 72). Ein großer Teil der *quantitativ* (um 6.4 Jahre) gestiegenen Lebenserwartung ist durch eine *qualitative* Verschlechterung erkauft worden.

Neipp macht, wie gesagt, kein Hehl daraus, daß die rechnerischen Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind. Ungeachtet dessen bietet Neipp hier einen wertvollen Vorschlag zur Konkretisierung des gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Gesundheitszieles, der mit Sicherheit die gesundheitspolitische Diskussion beeinflussen wird. Daneben weist das Berechnungsverfahren einen Weg auf, auf dem zukünftig die Gesundheitsstatistik weiter entwickelt werden sollte. Schließlich erscheinen seine rechnerischen Ergebnisse im Vergleich zu jüngsten empirischen Untersuchungen in den USA relativ *pessimistisch*, obwohl Neipp sie selbst im Vergleich zu älteren empirischen Untersuchungen für relativ *optimistisch* hält (vgl. S. 75) – letzteres vor allem deswegen, weil er explizit nur einen Teil möglicher Beeinträchtigungen erfaßt. In neueren US-amerikanischen Untersuchungen hat sich gezeigt, daß auch bei steigender Lebenserwartung gerade keine Verschlechterung der Lebensqualität, sondern eine Verbesserung zu beobachten war (vgl. A. F. Ott, G. Hondroyannis, R. Marciello: Longevity and Quality of Life, Clark University, Worcester, Paper 1988).

Im dritten Hauptteil entwickelt Neipp ein Berechnungskonzept für die Effizienz gesundheitspolitischer *Maßnahmen*, wobei er (unüblicherweise) unter einer gesundheitspolitischen Maßnahme die vollständige oder teilweise Eliminierung einer Krankheit versteht und unter „Effizienz“ die Auswirkung auf die quantitativen und qualitativen Aspekte des Zielerreichungsgrades (S. 77 ff.). Ungeachtet der außerordentlichen Diagnoseunsicherheiten (S. 84 f.) und der notwendigen, zum Teil heroischen Annahmen (Todesursache sei jeweils nur *eine, richtig* diagnostizierte Krankheit; für alle gelten identische Wahrscheinlichkeiten, an einer bestimmten Krankheit zu sterben, etc.; S. 82) enthalten die Berechnungen der möglichen Zunahme der quantitativen Lebenserwartung durch die vollständige Eliminierung einer der 16 erfaßten Krankheitsgruppen (erfaßt nach der International Classification of Diseases – IDC) eine Reihe von Einsichten, die die Grundproblematik erhellen. So läßt sich nur bei vier Krankheitsgruppen durch deren vollständige Eliminierung die Lebenserwartung um mehr als 1% erhöhen (Krankheiten des Kreislaufsystems – 1978 = 8.3%, Neubildungen – 3.9%, Unfälle – 2.0%, sonstige Krankheiten – 1.2%; S. 90 - 96). Berücksichtigt man zusätzlich Änderungen der Beeinträchtigungsarten „Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalt, Erwerbsunfähigkeit“ durch die Eliminierung einzelner Krankheitsgruppen (vgl. S. 96 ff.), so zeigt sich, daß durch die Eliminierung einzelner

Krankheitsgruppen die Beeinträchtigungen unter Umständen auch *zunehmen* können (z. B. Beeinträchtigung durch alle drei Arten bei Wegfall von angeborenen Mißbildungen oder Beeinträchtigung durch Erwerbsunfähigkeit bei Wegfall von Neubildungen). In der Regel nehmen jedoch die Beeinträchtigungen teilweise ganz entscheidend ab (Eliminierung von Kreislauf- oder Rheumaerkrankungen etc.). Dabei wird besonders deutlich, daß einzelne Krankheitsgruppen vor allem ein *qualitatives Beeinträchtigungsproblem* darstellen (z. B. rheumatische Erkrankungen, seelische Störungen, Komplikationen bei Schwangerschaften), andere vor allem die *Lebenserwartung* negativ beeinflussen (angeborene Mißbildungen, Unfälle, Neubildungen). Insgesamt läßt sich dem formulierten Gesundheitsziel sehr viel näherkommen, wenn z. B. Kreislaufkrankungen (+ 9.7%) oder Neubildungen (+ 4%) völlig eliminiert würden, als wenn beispielsweise Schwangerschaftskomplikationen (+ 0.03%) oder Hautkrankheiten (+ 0.036%) entfallen würden.

Eine rationale Gesundheitspolitik erfordert nicht allein Kenntnisse über Gesundheitsziele und deren Messung, sondern muß *Erträge* (höhere Zielerreichung gemessen in zu erwartenden zusätzlichen qualitätsbereinigten Lebensjahren) und *Kosten* der Maßnahme ins Verhältnis setzen. Optimal sind gesundheitspolitische Maßnahmen bis zu dem Umfang, bei dem sich Grenzkosten und Grenzerträge ausgleichen. Neipp entwickelt daher im vierten Kapitel die Grundzüge eines Optimierungsmodells (S. 109 ff.). Die „Grenzkosten“ ermittelt er näherungsweise durch die Opportunitätskosten der Ressourcenumschichtung zu den Gesundheitsleistungen und der Veränderung des Arbeitspotentials (S. 117). Dabei nimmt er trotz der grundsätzlichen Problematik (Preise und Einkommen im Gesundheitssektor können beispielsweise überhöht sein) eine Bewertung mit den Ausgaben für die Gesundheitsgüter vor (vgl. die genaue Berechnung S. 124 ff.). Das zentrale Bewertungsproblem liegt jedoch in der Feststellung der Zahlungsbereitschaft der Nutznießer (S. 117 ff.). Weder läßt sich eindeutig entscheiden, wer die Nutznießer letztlich sind (Externe-Effekte-Problematik), noch wie deren Bewertung stellvertretend durch die Politik vorgenommen werden soll. Neipp schließt sich der üblichen Vorgehensweise an und unterstellt, daß das behandelte Individuum vor allem direkten Nutzen durch die Verbesserung *seines* Gesundheitszustandes erhält, seine Familienangehörigen und Freunde durch humanitäre Aspekte und die Gesamtgesellschaft durch eine Veränderung des Arbeitspotentials (S. 119). Letztere wird von Neipp bereits als Teil der (positiven oder negativen) Opportunitätskosten berücksichtigt (S. 113 ff.). Da die Vorteile der Angehörigen und Freunde infolge humanitärer Erwägungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung systembedingt bereits durch die Zwangsmitgliedschaft, die einkommensbezogenen Beiträge und die Familienmitversicherung anfallen, kann er sich insbesondere auf die *individuelle* Bewertung zusätzlicher qualitätsbereinigter Lebensjahre konzentrieren (S. 121). Für diesen Teil der Fragestellung (Ermittlung der Opportunitätskosten und Messung der maximalen Zahlungsbereitschaft) erläutert Neipp allerdings nur den konzeptionellen Weg, ohne selbst eine Berechnung durchzuführen.

Neipps Arbeit macht eine Reihe von Problemen grundsätzlicher Art deutlich, die sich aus den begrenzten Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Beratung der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik ergeben. Er will sich nicht darauf beschränken, die Eignung gesundheitspolitischer Maßnahmen zur Erreichung *vorgegebener* Ziele zu untersuchen, sondern unterbreitet einen Vorschlag zur Formulierung eines gesundheitspolitischen Gesamtzieles, den er aus einer wohlfahrtstheoretischen Fundierung, d. h. letztlich aus dem Oberziel „Steigerung der *sozialen* Wohlfahrt“ ableiten möchte (vgl. Kap. 1). Aussagen zur sozialen Wohlfahrt auf der Grundlage der paretianischen Wohlfahrtstheorie gehen von offen ausgewiesenen Grundnormen aus. Eine dieser Grundnormen ist das individualistische Prinzip, nach dem die *soziale* Wohlfahrt ein-

zig und allein von der Wohlfahrtssituation der *individuellen* Mitglieder einer Gesellschaft abhängen soll. Eine andere Grundnorm stellt das Selbstbestimmungskriterium dar, nachdem ein Individuum nur selbst entscheiden soll, ob seine individuelle Wohlfahrt hoch oder niedrig ist, steigt oder sinkt. Allerdings kann ein Individuum u.U. durchaus selbst entscheiden, daß seine individuelle Wohlfahrt steigt, weil z.B. *andere* eine Gesundheitsversorgung erhalten (vgl. z.B. S. 119). Das adäquate wohlfahrtstheoretische Konzept wäre daher die paretianische Wohlfahrtstheorie unter Berücksichtigung *verbundener* individueller Nutzenfunktionen gewesen. (Neipp spricht im Gegensatz dazu nur dann von individuellen Präferenzen, wenn diese nur direkt persönliche Wohlfahrtsaspekte aufweisen, die sich aus der Gesundheitsversorgung dieses Individuums selbst ergeben; S. 144). Seine Bestimmung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion beinhaltet dagegen unter anderem, daß jedes gewonnene Lebensjahr *denselben* gesellschaftlichen Wohlfahrtswert besitzen soll, unabhängig davon, für wen und in welchem Alter dieses Jahr gewonnen wird (vgl. z.B. S. 122). Damit werden, wie Neipp selbst sieht, einerseits Aggregationsprobleme weitgehend eliminiert, andererseits wird aber eine zusätzliche soziale *Verteilungsnorm* eingeführt, die über die Grundnormen der paretianischen Wohlfahrtstheorie hinausgeht. Das zeigt, daß es sich bei der Entwicklung eines gesellschaftlichen Gesundheitszieles letztlich um die Ermittlung einer (diktatorischen?) gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion handeln muß. Allerdings ist diese notwendige zusätzliche verteilungspolitische Grundnorm einer demokratischen Gesundheitspolitik insofern adäquat, als auch das demokratische Abstimmungsverfahren implizit auf der Grundnorm aufbaut, die Bedeutung der einzelnen Wähler in den meisten Entscheidungen grundsätzlich *gleich* zu bewerten und Unterschiede in der Stärke individueller Präferenzen im Prinzip unberücksichtigt zu lassen (one man – on vote). Die wohlfahrtstheoretische Analyse verschiedener sozialer Koordinationsverfahren zeigt, daß zwar *innerhalb* demokratischer Entscheidungsverfahren paretooptimale Zustände denkbar sind, daß aber andererseits eine Entscheidungsfindung nach *demokratischen* Prozessen im Vergleich zu *marktwirtschaftlichen* Entscheidungsverfahren mit einem Verlust an sozialer Wohlfahrt verbunden ist, der um so höher ist, je differenzierter die individuellen Präferenzen in Wirklichkeit sind. Mit der einfachen Setzung der Norm, „jede Lebensverlängerung sei gleich zu bewerten“, klammert Neipp die ordnungspolitische Grundsatzfrage, für welche Entscheidungen über den „optimalen Gesundheitszustand einer Bevölkerung“ demokratisch-staatliche Verfahren angemessen sind, von vornherein aus. Demokratische Entscheidungen sind vor allem dort angemessen, wo es um Basisbedürfnisse geht und wo daher die Präferenzen in der Bevölkerung weitgehend einheitlich sind, bzw. wo Marktprozesse aufgrund von Marktunvollkommenheiten (externe Effekte etc.) nicht zur Verfügung stehen. Die heutigen Gesundheitsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland gehen jedoch weit über eine Basisversorgung hinaus. Auch wenn man, wie Neipp, auf einer allgemein wohlfahrtstheoretischen Grundlage argumentieren möchte, steht die Frage nach einer optimalen Arbeitsteilung zwischen marktwirtschaftlichen und demokratischen Entscheidungsprozessen zur Steuerung der Gesundheitsversorgung im Vordergrund.

Auf eine weitere grundsätzliche Gefahr, die sich aus der Konzeption der vorliegenden Arbeit ergibt, sei hingewiesen. Diese folgt vor allem aus der grundsätzlichen Problematik von Nutzen-Kosten-Analysen selbst. Der wissenschaftliche Wert von Nutzen-Kosten-Analysen und damit auch ihr wissenschaftlich fundierter Beitrag zur Beratung der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik liegt vor allem in der Offenlegung der für Entscheidungen erforderlichen normativen Grundlagen, in der Beschreibung eines Analyseweges, in der schrittweisen Auflistung der zu lösenden normativen Entscheidungen und der Interpretation der empirischen Tatbestände. Die zentralen wirtschafts- und gesundheitspolitischen Fragen nach der optimalen Allokation im

Gesundheitssektor und zwischen dem Gesundheitswesen und den übrigen Sektoren lassen sich daher auch in Nutzen-Kosten-Analysen nur beantworten, wenn wesentliche Teilantworten (bezüglich der Nutzen- und Kostenermittlung) nicht durch die Messung empirischer Daten, sondern durch subjektive, wissenschaftlich nicht begründbare Annahmen des die Nutzen-Kosten-Analyse durchführenden Wissenschaftlers gegeben werden. Die *Ergebnisse* der Nutzen-Kosten-Analyse sind daher gerade so relevant für die Ermittlung gesellschaftlich wohlfahrtssteigernder Maßnahmen wie die Rückbindung der Entscheidungsträger an die gesellschaftliche Wohlfahrt selbst. Diese Rückbindung kann durch eine altruistische moralische Haltung der Politiker und/oder durch soziale Koordinationsverfahren wie Markt, Kollektivverhandlungen und demokratische Wahlen bedingt sein. Der Wert der Nutzen-Kosten-Analyse liegt daher vor allem im analytischen und didaktischen Bereich, eher in einer *Problemanalyse* als in einer Problemlösung. Dies wird in den Ausführungen des vorliegenden Buches an zahlreichen Stellen erwähnt, auf die Gefahr der Überinterpretation wird ständig hingewiesen. An keiner Stelle erliegt Neipp der Faszination einer wissenschaftlich nicht haltbaren Interpretation meßbarer Tatbestände. Daher ist es bedauerlich, wenn in den zusammenfassenden Schlußbemerkungen (S. 142 ff.) Vorgehensweise und Ergebnisse der vorliegenden Arbeit vor allem im Sinne ihrer empirischen Ermittlungsprobleme dargestellt und die außerordentlich weitreichenden normativen Setzungen und Dateninterpretationen nicht sichtbar werden. Die Zusammenfassung vermittelt dem eiligen Leser, der sich nur auf dieses Kapitel beschränkt, den Eindruck, als sei die Ermittlung des „optimalen Gesundheitszustandes der Bevölkerung“ vor allem ein erhebungstechnisches Daten- und Meßproblem und daher grundsätzlich auf wissenschaftlicher Ebene lösbar. Damit wird (dem eiligen Leser) ein Eindruck vermittelt, der weder wissenschaftlich haltbar noch von Neipp in seinen Ausführungen an irgendeiner Stelle beabsichtigt ist.

Insgesamt liefert Neipp einen hervorragenden Beitrag zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Nutzen-Kosten-Analyse im Gesundheitssektor, einen interessanten Vorschlag zur Konkretisierung eines globalen gesamtgesellschaftlichen Gesundheitszieles sowie eine wertvolle Einführung in Erhebungs- und Meßprobleme der Gesundheitspolitik. Der Leser, der selbst an Nutzen-Kosten-Analysen interessiert ist, wird das Buch mit großem Gewinn lesen. Wer eine aktuelle *fallbezogene* Einführung in die Gesundheitsökonomik sucht, wird aus dem vorliegenden Buch ebenfalls großen Gewinn ziehen, sofern ihm bewußt bleibt, daß Neipp die ordnungstheoretische und ordnungspolitische Fragestellung trotz einer wohlfahrtstheoretischen Grundlegung weitgehend ausklammert. Die spannenden Aussagen allerdings, aus denen der Student der Gesundheitsökonomie, der Gesundheitspolitiker wie der wissenschaftlich orientierte Gesundheitssoziologe und Gesundheitsökonom lernen können, stehen im Text. Der eilige Leser sei dagegen gewarnt: Das Lesen der Zusammenfassung allein vermittelt ein schiefes Bild.

E. Knappe, Trier